

Jahresabschluss und Lagebericht 2016



der **Sparkasse**
am Niederrhein

Sparkasse des Kreises Wesel
und der Städte Moers, Neukirchen-Vluyn und Rheinberg

Inhalt

Lagebericht	Seite
Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse	3
Wirtschaftsbericht	4
Darstellung und Analyse der Lage	8
Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	12
Chancen- und Risikobericht	14
Prognosebericht	26
Jahresabschluss	
Jahresbilanz	29
Gewinn- und Verlustrechnung	32
Anhang	33
Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs.1 Satz 2 KWG („Länderspezifische Berichterstattung“)	54
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	55
Bericht des Verwaltungsrates	56

Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse

Die Sparkasse am Niederrhein ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts und unterliegt dem Sparkassengesetz für Nordrhein-Westfalen.

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband des Kreises Wesel und der Städte Moers, Neukirchen-Vluyn und Rheinberg. Die Sparkasse am Niederrhein und der Sparkassenzweckverband sind Mitglieder des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf.

Sparkassen sind nicht vorrangig darauf ausgerichtet, höchstmögliche Gewinne zu erwirtschaften. Daher vermeiden Sparkassen übermäßige Risiken. Dennoch kann niemals völlig ausgeschlossen werden, dass ein Institut in wirtschaftliche Schwierigkeiten gerät. Die Sparkassen-Finanzgruppe verfügt deshalb über ein institutsbezogenes Sicherungssystem. Dieses ist als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) anerkannt. Das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe besteht aus 13 Sicherungseinrichtungen. Dies sind die Sparkassenstützungsfonds der regionalen Sparkassen- und Giroverbände, der Sicherungsfonds der Landesbausparkassen und die Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen. Seit der Gründung des Sicherungssystems in den 1970er-Jahren ist es bei keinem Mitgliedsinstitut zu einer Leistungsstörung gekommen. In der Sparkassen-Finanzgruppe hat noch kein Kunde Einlagen oder Zinsen verloren.

Freiwillige Institutssicherung: Das wichtigste Ziel des Sicherungssystems ist es, die angehörenden Institute selbst zu schützen und bei diesen drohende oder bestehende wirtschaftliche Schwierigkeiten abzuwenden. Auf diese Weise soll ein Entschädigungsfall vermieden und die Geschäftsbeziehung zum Kunden dauerhaft und ohne Einschränkung fortgeführt werden.

Gesetzliche Einlagensicherung: Das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe ist als Einlagensicherungssystem nach dem EinSiG amtlich anerkannt. Sollte die Institutssicherung ausnahmsweise nicht greifen, hat der Kunde gegen das Sicherungssystem einen Anspruch auf Erstattung seiner Einlagen bis zu 100.000 Euro. Dafür maßgeblich ist das EinSiG.

Die Sparkasse ist ein Teil der Sparkassen-Finanzgruppe und fördert den Verbund- und Kooperationsgedanken. Unsere wesentlichen Verbundpartner sind die DekaBank, die Provinzial Rheinland Versicherung AG, die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (Helaba), die LBS Westdeutsche Landesbausparkasse, die Gruppe Deutsche Leasing sowie die diesen Instituten nahestehenden Unternehmen. Darüber hinaus nutzt die Sparkasse leistungsstarke Partner außerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe.

Gemeinsam sind wir für alle Kundengruppen in unserer Region ein kompetenter und leistungsstarker Partner in allen Finanzfragen. Die Förderung von Wirtschaftskraft und Wohlstand im Geschäftsgebiet ist eines unserer Unternehmensziele.

Die Sparkasse am Niederrhein richtet sich als Vertriebsparkasse auf ihren Markt in ihrer Region aus mit dem Ziel, eine hohe Kundenzufriedenheit zu erreichen.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft wuchs im Jahr 2016 um real 1,9 % und damit in ähnlicher Größenordnung wie im vergangenen Jahr (Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2015: 1,7 %).

Die Bruttoanlageinvestitionen trugen wie bereits im Vorjahr positiv zum Wachstum bei (0,5 %-Punkte).

Nach einem schwachen Jahr 2015 für Bauinvestitionen ging es für diese in 2016 mit einem Plus von 3,0 % wieder kräftig nach oben. Vor allem im Wohnungsbau nahm die Bautätigkeit kräftig zu. Bei den Ausrüstungsinvestitionen wurde der gute Wert des Vorjahres (+3,7 %) verfehlt und lediglich ein Wachstum von 1,1 % verzeichnet.

Die privaten Konsumausgaben wurden in 2016 wie bereits im Vorjahr um 2,0 % ausgeweitet. Die gute Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation wirkte wie in den Vorjahren konsumfördernd. Darüber hinaus spielte sicherlich das niedrige Zinsniveau eine wichtige Rolle, das eine alternative Erhöhung der Sparleistung unattraktiv erscheinen lässt. Die Sparquote blieb auf dem Vorjahresniveau von 9,7 %.

Das Volkseinkommen ist 2016 um 3,3 % gestiegen und somit etwas schwächer als 2015. Dabei nahmen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen (+3,0 %) schwächer zu als die Arbeitnehmerentgelte (+3,5 %). Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte legte in 2016 um 2,8 % zu.

Die staatlichen Konsumausgaben wurden im Berichtsjahr mit einem Plus von 4,0 % deutlich ausgeweitet. Trotz der Ausgabensteigerungen erzielte der staatliche Sektor (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen) in 2016 zum dritten Mal in Folge einen Finanzierungsüberschuss. Die Maastricht-Quote, die den Finanzierungssaldo ins Verhältnis zum BIP setzt, lag bei 0,8 %.

Der Außenhandel nahm in 2016 weiter zu. Da aber die deutschen Exporte mit 2,6 % weniger stark stiegen als die Importe, die um 3,7 % zunahmen, fiel der Außenbeitrag, d. h. der Wachstumsbeitrag des Außenhandels, negativ aus (-0,2 %). Trotz der höheren Steigerungsrate importseitig, lagen die Exporte aus Deutschland sowohl in nominaler wie auch in preisbereinigter Betrachtung weiterhin deutlich über den Importen.

Der langanhaltende positive Trend auf dem deutschen Arbeitsmarkt setzte sich auch 2016 fort. Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte einen neuen Höchststand. Die Arbeitslosenquote betrug 2016 im Jahresdurchschnitt 6,1 %. Die Arbeitslosenquote des Kreises Wesel, in dem die Sparkasse am Niederrhein ihren Sitz hat, betrug im Dezember 2016 6,8 % (Dezember 2015: 7,0 %) und lag damit wie im Vorjahr über dem Bundesdurchschnitt.

Im Berichtsjahr lag die Inflationsrate mit einem Plus von 0,5 % nochmals sehr niedrig, aber erstmals seit 2011 wieder leicht über dem Wert des Vorjahres. Im Jahresverlauf wurden im Herbst Preissteigerungen von +0,7 % / +0,8 %, jeweils im Vergleich zum Vorjahresmonat, erreicht. Erneut war die Energiepreisentwicklung der wesentliche Bestimmungsfaktor für die Preisentwicklung.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat die Sätze der Einlagenfazilität, der Hauptrefinanzierungsgeschäfte und der Spitzenrefinanzierungsfazilität mit Gültigkeit ab 16. März 2016 auf -0,40 % (vorher: -0,30 %), 0,00 % (vorher 0,05 %) und 0,25 % (vorher: 0,30 %) geändert. Diese Sätze gelten seitdem.

Den Mindestreservesatz veränderte die EZB nicht. Er beträgt seit Januar 2012 1,00 %.

Die dargestellten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen machten sich auch in unserem Geschäftsgebiet bemerkbar.

Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die andauernde Niedrigzinsphase und das verhaltene realwirtschaftliche Wachstum begünstigen den Aufbau von Risiken für die Finanzstabilität. Die Deutsche Bundesbank sieht hierin „die Gefahr, dass Marktteilnehmer Risiken unterschätzen und nicht ausreichend berücksichtigen, dass die Vermögenspreise fallen und die Zinsen steigen können.“

Anzeichen für eine exzessive Kreditvergabe oder eine Abschwächung der Kreditvergabe-standards konnte die Deutsche Bundesbank nicht feststellen.

Die Bundesbank sieht die Solvenz und Liquidität der deutschen Banken und Sparkassen als gegeben an. Positiv hebt sie hervor, dass die Institute ihre Eigenmittel in den vergangenen Jahren erhöht und beim EBA-Stresstest 2016 gut abgeschnitten haben.

Gleichwohl warnt die Deutsche Bundesbank, weil viele deutsche Banken zu wenig profitabel seien. Neben der lang andauernden Niedrigzinsphase und den Regulierungsreformen im Bankensektor stelle auch die Digitalisierung der Finanzbranche eine Herausforderung dar.

Die Geschäftsentwicklung der rheinischen Sparkassen war im Jahr 2016 geprägt von einer moderaten Belegung des Kreditgeschäftes und gleichzeitig von sehr stark steigenden Kundeneinlagen. Die Geldvermögensbildung der Privatpersonen legte demzufolge deutlich zu. Im Wertpapiergeschäft mit Kunden wurden wieder spürbar geringere Umsätze generiert.

Die Sparkassen-Finanzgruppe hat bei den Ratingagenturen Moody's Investors Service ein Corporate Family Rating (Verbundrating) von Aa2, ein Floor-Rating von DBRS von A sowie ein Gruppenrating von Fitch von A+ eingeholt.

An den nationalen und internationalen Finanz- und Kapitalmärkten nimmt die Bedeutung externer Ratings zu. Das Verbundrating von Moody's stellt eine Bonitätsbeurteilung der gesamten Sparkassen-Finanzgruppe dar.

Das Floor-Rating von DBRS bringt zum Ausdruck, dass die Bonität jedes Mitgliedes der Sicherungseinrichtung der Sparkassen-Finanzgruppe, also auch die der Sparkasse am Niederrhein, mindestens mit A bewertet wird.

Am 21. März 2016 trat die Wohnimmobilienkreditrichtlinie in Kraft. Ziel der Wohnimmobilienkreditrichtlinie ist es, einen transparenten, effizienten und wettbewerbsfähigen Binnenmarkt auch für Immobilienfinanzierungen zu schaffen. Darüber hinaus soll eine nachhaltige und verantwortungsvolle Kreditvergabe sowie die Verbesserung der Beratungsqualität sichergestellt werden.

Diese Ziele werden insbesondere durch die weitere Vereinheitlichung von Informations-, Dokumentations- und Verhaltenspflichten vorangetrieben. Die Umsetzung der Richtlinie hatte erhebliche Auswirkungen auf Prozesse, IT-Systeme und Formulare im gesamten Kreditgeschäft. Die erweiterten Anforderungen an die Finanzierungsberatung im Zusammenhang mit Immobilier-Verbraucherdarlehen bieten aus unserer Sicht die Möglichkeit, die Beratungsqualität weiter zu verbessern.

Am 18. April 2016 wurde das Umsetzungsgesetz zur Zahlungskontenrichtlinie im Bundesgesetzblatt verkündet. Ziel ist die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten. Der Wechsel von Zahlungskonten und der Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen soll in der Europäischen Union harmonisiert und konsumentenfreundlicher werden.

Die deutsche Aufsicht muss ab 2016 die grundsätzliche Compliance ihrer Aufsichtspraxis mit den EBA-Leitlinien zu gemeinsamen Verfahren und Methoden für den aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (SREP) sicherstellen. Die Umsetzung der SREP-Vorgaben durch die deutsche Aufsicht betrifft die weniger bedeutend eingestufteten Institute (less significant institutions – LSI's), also nahezu alle Sparkassen. Anfang Juli 2016 haben

rund 330 deutsche LSI's ein Anhörungsschreiben zur SREP-Kapitalfestsetzung erhalten. Bis zum Jahresende sind endgültige Bescheide ergangen. Sofern von einer individuellen SREP-Kapitalfestsetzung abgesehen wird, wurde von der BaFin eine Allgemeinverfügung zur Abwehr von Gefahren für die Sicherheit der Finanzmarktstabilität / Unterlegung von Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch mit Eigenmitteln erlassen.

Geschäftsverlauf und Darstellung der Geschäftsentwicklung

Wir sind angesichts der oben dargestellten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Branchensituation mit der Geschäftsentwicklung und den Vertriebsleistungen für das Jahr 2016 zufrieden.

Im Einzelnen stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

	in Mio. € (evtl. Abweichungen in den Summen beruhen auf Rundungen)		
	2016	2015	Veränderungen
Bilanzsumme	3.141,9	3.107,9	34,0
Eventualverbindlichkeiten	27,0	25,5	1,5
Geschäftsvolumen	3.168,9	3.133,4	35,5
Forderungen an Kunden	2.327,8	2.303,5	24,3
Treuhandkredite	3,4	3,9	- 0,5
Eventualverbindlichkeiten	27,0	25,5	1,5
Unwiderrufliche Kreditzusagen	84,4	93,4	- 9,0
Kundenkreditvolumen	2.442,6	2.426,3	16,3
Barreserve und Forderungen an Kreditinstitute	292,1	355,2	- 63,1
eigene Wertpapierbestände	440,1	369,7	70,4
Eigenanlagen	732,2	724,9	7,3
Spareinlagen	666,7	648,4	18,3
Sparkassenbriefe	272,0	350,2	-78,2
Übrige Einlagen	1.543,4	1.438,9	104,5
Einlagen von Kunden	2.482,1	2.437,5	44,6
Schuldverschreibungen	0,7	3,1	- 2,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	349,2	368,2	- 19,0

Das Geschäftsvolumen stieg um 35,5 Mio. € auf 3.168,9 Mio. €. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 34,0 Mio. € auf 3.141,9 Mio. €. Entsprechend unserer Erwartung konnten wir den Gesamtbestand der Kundeneinlagen gegenüber 2015 steigern. Dabei überstieg der Einlagenzuwachs im Bereich der Sichteinlagen unsere Erwartungen.

Die von uns erwartete positive Entwicklung des Bestandes von Krediten an Privatpersonen, Unternehmen und Selbstständige ist insgesamt eingetreten. So wurde der Bestand an durch Grundpfandrechte gesicherten Forderungen an Kunden weiter ausgebaut.

Das Kundenkreditvolumen entsprach im Privatkundenbereich unseren Erwartungen. Im Kreditgeschäft mit Firmen-, Gewerbe- und Geschäftskunden konnten wir einen leicht höheren Zuwachs als erwartet erzielen.

Die Sparkasse stellte einschließlich der aus Darlehensrückflüssen finanzierten Neuausleihungen sowie unter Berücksichtigung der Veränderungen bei den unwiderruflichen Kreditzusagen Kreditmittel in Höhe von insgesamt 291,0 Mio. € bereit, nach 438,1 Mio. € im Vorjahr.

Das gesamte Kundenkreditvolumen (einschließlich Treuhandkredite und unwiderruflicher Kreditzusagen) erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr leicht um 16,3 Mio. €.

Bei den Eigenanlagen ist der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren von 263,2 Mio. € auf 335,5 Mio. € angestiegen. Die Forderungen an Kreditinstitute sanken um 117,2 Mio. € auf 191,5 Mio. €. Der Bestand an anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren verringerte sich um 1,9 Mio. € auf 104,6 Mio. €.

Die Einlagen von Kunden erhöhten sich insgesamt um 44,6 Mio. € auf 2.482,1 Mio. €. Der Rückgang bei den befristeten Einlagen und den Sparkassenbriefen konnte durch den Zuwachs bei den Spareinlagen und insbesondere den täglich fälligen Einlagen überkompensiert werden.

Der Bestand an Sparkassenbriefen verringerte sich durch Fälligkeiten um 78,2 Mio. € auf 272,0 Mio. €. Die Spareinlagen erhöhten sich um 18,3 Mio. €, so dass sich zum Jahresende ein Bestand von 666,7 Mio. € ergab.

Die übrigen Einlagen erhöhten sich insgesamt um 104,5 Mio. € auf 1.543,4 Mio. €. Hiervon verringerten sich die befristeten Einlagen um 7,9 Mio. € auf 45,6 Mio. €. Im Bereich der täglich fälligen Einlagen stieg der Bestand dagegen um 112,3 Mio. € auf 1.497,7 Mio. €.

Bei den Schuldverschreibungen verzeichneten wir einen Bestandsrückgang um 2,4 Mio. € auf 0,7 Mio. €.

Insgesamt lässt sich beobachten, dass die Kunden überwiegend kurzfristige Anlageformen bevorzugen.

Die Verbindlichkeiten der Sparkasse gegenüber Kreditinstituten verringerten sich um 19,0 Mio. € auf 349,2 Mio. €. Der Bestand an Sparkassenbriefen reduzierte sich um 30,5 Mio. € auf 65,9 Mio. €. Den größten Teil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten machten die zweckgebundenen Mittel mit 280,9 Mio. € aus.

Im Wertpapiergeschäft mit unseren Kunden lag das Volumen aus Ankäufen über dem aus Wertpapierverkäufen.

Das Verbundgeschäft, d. h. die Vermittlung von Versicherungs-, Bauspar- und Leasinggeschäften sowie der Vertrieb von offenen Investmentfonds, gehört zu den Kerngeschäften der Sparkasse und ermöglicht es, allen Kunden ein umfassendes und bedarfsgerechtes Angebot zu unterbreiten.

Im Versicherungs- und Bauspargeschäft waren die Ergebnisse insgesamt deutlich rückläufig. Wir sind jedoch mit den erreichten Abschlüssen aufgrund der allgemeinen Rahmenbedingungen in diesem Bereich zufrieden, obwohl wir unsere Erwartungen nennenswert unterschritten haben.

Durch das gute Geschäftsklima hatten wir aufgrund zunehmender Investitionsbereitschaft für das Verbundgeschäft mit der Deutschen Leasing AG mit einem leichten Zuwachs gerechnet. Sowohl die Stückzahl als auch das Volumen der Leasing-Verträge konnte im Jahr 2016 leicht gesteigert werden.

Darstellung und Analyse der Lage

Die wirtschaftliche Lage der Sparkasse ist weiterhin zufriedenstellend. Bei geordneten Finanz- und Vermögensverhältnissen verfügt die Sparkasse über eine Ertragskraft, die es ihr erlaubt, das für die weitere Geschäftsentwicklung erforderliche Eigenkapital zu erwirtschaften. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, dass die Sparkasse ihren Kunden auch künftig in allen Finanzangelegenheiten eine leistungsstarke Partnerin ist.

Ertragslage

Für das Jahr 2016 betrug das um außerordentliche und periodenfremde Positionen bereinigte Betriebsergebnis vor Bewertung 0,59 % der Durchschnittsbilanzsumme (DBS)¹ von 3.110,9 Mio. € und verringerte sich damit entsprechend unserer Erwartung merklich. Der Vorjahreswert lag hier bei 0,69 % der DBS von 3.098,6 Mio. €. Die Cost-Income-Ratio (CIR)² errechnete sich mit 75,6 % gegenüber 72,6 % im Vorjahr. Damit liegt das Ergebnis leicht über unserer Erwartung.

Die in 2016 zu verzeichnenden Belastungen aus dem Kundenkreditgeschäft fielen geringer aus als im Vorjahr und lagen unter dem Niveau des prognostizierten Wertes. Das Eigengeschäft wird nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Sofern bei einzelnen Wertpapieren kein Börsen- oder Marktpreis (aktiver Markt) vorlag, wurde der beizulegende Wert durch allgemein anerkannte Bewertungsmethoden ermittelt. Dabei haben wir insbesondere die von unserem Dienstleister zur Verfügung gestellten indikativen Kurse plausibilisiert. Auf dieser Bewertungsgrundlage wurde 2016 leicht abweichend von unserer Prognose eines ausgeglichenen Ergebnisses ein leicht negatives Bewertungsergebnis erzielt (Vorjahr 0,3 Mio. €).

Für das Jahr 2016 ergibt sich ein Jahresüberschuss auf dem Niveau des Jahres 2015. Das gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG zu ermittelnde Verhältnis von Jahresüberschuss und Bilanzsumme zum 31.12.2016 beträgt 0,107 %.

¹ Durchschnittsbilanzsumme = Durchschnittswert aus den täglichen Beständen der Bilanzpositionen

² CIR = (Verwaltungsaufwand x 100) / [(Zinsüberschuss + Provisionsüberschuss + Nettoergebnis aus Handelsgeschäften) + (sonstiger Ertrag – sonstiger ordentlicher Aufwand)]

Zu dem Ergebnis 2016 im Einzelnen:

	in Tsd. € (evtl. Abweichungen in den Summen beruhen auf Rundungen)		
	2016	2015	Veränderungen
Zinsüberschuss	57.785	57.623	162
Laufende Erträge	2.124	3.206	-1.082
Provisionsüberschuss	17.766	17.077	689
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen	1.860	1.754	106
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	- 56.069	- 55.476	- 593
davon:			
Personalaufwand	(- 39.839)	(- 39.303)	- 536
andere Verwaltungsaufwendungen	(- 16.230)	(- 16.173)	- 57
Bewertungsergebnis ³	-4.593	-6.410	1.817
Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	- 8.000	-6.708	-1.292
Saldo der anderen und außerordentlichen Erträge und Aufwendungen	-2.282	-2.252	-30
Steuern	-5.244	-5.482	238
Jahresüberschuss	3.347	3.332	15

Insgesamt verbesserten sich die Erträge (GuV, Pos. 1 bis 9) um 0,9 Mio. € auf 82,2 Mio. €, der Gesamtaufwand (GuV, Pos. 10 bis 12) erhöhte sich um 1,6 Mio. € auf 61,0 Mio. €.

Der Zinsüberschuss – einschließlich laufender Erträge (gemäß GuV, Pos. 3) – verringerte sich im Vergleich zu 2015 wie erwartet um 0,9 Mio. € auf 59,9 Mio. €. Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften ermäßigten sich von 86,1 Mio. € auf 80,4 Mio. €. Der Zinsertrag aus festverzinslichen Wertpapieren und die anderen laufenden Erträge verringerten sich um 2,4 Mio. €. Der Zinsaufwand ging von 32,7 Mio. € im Vorjahr um 7,3 Mio. € auf 25,4 Mio. € zurück.

Für 2016 erwarteten wir, einen ordentlichen Ertrag und die Provisionsüberschüsse durch Vertriebsaktivitäten und Preisanpassungen etwas über dem Niveau des Jahres 2015 erzielen zu können. Dieses Ziel haben wir mit einer Steigerung um 0,7 Mio. Euro erreicht. Insgesamt ist das ordentliche Provisionsergebnis mit 17,8 Mio. € zufriedenstellend ausgefallen.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich - wie erwartet - von 55,5 Mio. € auf 56,1 Mio. €. Bei den Personalkosten hatten wir für das Jahr 2016 mit einer leichten Steigerung gerechnet. Diese Erwartung wurde durch die Steigerung um 0,5 Mio. € bestätigt.

Für das Jahr 2016 hatten wir eine deutliche Steigerung des Sachaufwandes geplant. Durch eine restriktive Ausgabenplanung konnten wir mit einer geringeren Steigerung auskommen.

³ Bewertungsergebnis = GuV Posten 13, 14, 15 und 16

Der Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen weist mit einem Plus von 1,9 Mio. € ein um 0,1 Mio. € besseres Ergebnis als 2015 aus.

Zinsbezogene Finanzinstrumente (einschließlich Derivate) unseres Bankbuchs (Zinsbuchs) haben wir auf der Grundlage der vom IDW veröffentlichten Stellungnahme zur Rechnungslegung RS BFA 3 „Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuch)“ nach der Barwertmethode bewertet. Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich war.

Dieses Bankbuch umfasst alle Kunden-, Eigenanlage- und zur Zinsbuchsteuerung abgeschlossenen Zinsswapgeschäfte mit vergleichbarer maximaler Laufzeit oder Zinsbindungsdauer. Zinsswapgeschäfte, deren Laufzeit / Zinsbindungsdauer im Einzelfall darüber hinausgeht, haben wir in Vorjahren für die Bewertung aufgeteilt. Den nicht in das Bankbuch einbezogenen Teil der Zinsswapgeschäfte hatten wir imparitätlich einzeln bewertet und soweit notwendig Rückstellungen gebildet. Zum 31.12.2016 erfüllen alle Zinsswapgeschäfte hinsichtlich ihrer gesamten (Rest-)Laufzeit die Voraussetzungen für eine Einbeziehung in das Bankbuch. Wir haben daher von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die bislang einzeln bewerteten Geschäfte mit ihren Buchwerten zum 31.12.2015 in das Bankbuch umzuwidmen. Bei den Buchwerten handelt es sich um Rückstellungen, die bis zum 31.12.2015 im Rahmen der imparitätlichen Einzelbewertung gebildet wurden. Die Buchwerte führen wir fort, vermindert um eine gleichmäßige, erfolgswirksame Auflösung in Höhe von 0,8 Mio. € ab dem Jahr 2016 über einen Zeitraum von zehn Jahren.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen entsprachen mit 2,3 Mio. € dem Vorjahreswert.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft werden mit 3,9 Mio. € ausgewiesen.

Die Aufwendungen aus Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere (GuV-Position 15) betragen im Geschäftsjahr 0,7 Mio. € nach 1,4 Mio. € im Vorjahr. Abschreibungen waren bei zwei Beteiligungen notwendig, für eine Beteiligung wurde eine Zuschreibung gebucht.

Für die anteilige Haftung aus den Risiken der Ersten Abwicklungsanstalt bzw. den besonderen Risiken aus der Umsetzung der Maßnahmen zur Stabilisierung der ehemaligen WestLB AG war im Berichtsjahr keine Dotierung erforderlich.

Darüber hinaus haben wir dem Fonds für allgemeine Bankrisiken im Hinblick auf die zukünftigen Eigenkapitalanforderungen nach Basel III weitere 8,0 Mio. € zugeführt. Nunmehr weist dieser Fonds einen Bestand von 90,2 Mio. € auf.

Der Steueraufwand ist in 2016 von 5,5 Mio. € auf 5,2 Mio. € gesunken.

Über die Verwendung des Jahresüberschusses in Höhe von 3,3 Mio. € beschließt der Sparkassenzweckverband für den Kreis Wesel und die Städte Moers, Neukirchen-Vluyn und Rheinberg gemäß § 24 Abs. 4 Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben.

Hinsichtlich der Steuerung der Liquiditätsrisiken wird auf die Ausführungen in der Risikoberichterstattung verwiesen.

Die eingeräumte Kreditlinie bei der Landesbank Hessen-Thüringen wurde dispositionsbedingt in begrenztem Umfang in Anspruch genommen. Im Geschäftsjahr 2016 hat die Sparkasse am Niederrhein keine Offenmarktgeschäfte mit der EZB getätigt.

Die nach den bankaufsichtlichen Regelungen ermittelte Liquiditätskennzahl, die mindestens 1,00 betragen muss, beträgt zum Jahresende 2,29 und belegt damit einen ausreichenden Liquiditätsspielraum.

Auch die darüber hinaus für weitere Beobachtungszeiträume (Laufzeitbänder bis zu zwölf Monaten) zu berechnenden Kennzahlen, für die keine Mindestwerte vorgegeben sind, deuten nicht auf zu erwartende Liquiditätsengpässe hin.

Vermögenslage

Auf der Aktivseite stellen die Ausleihungen an Kunden mit 74 %, Wertpapiere mit 14 % und Forderungen an Kreditinstitute mit 6 %, auf der Passivseite die Kundeneinlagen und Eigenemissionen mit 79 % sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 11 % die bedeutendsten Posten dar.

Die Bewertung des gesamten Wertpapierbestandes erfolgte unter Anwendung des strengen Niederstwertprinzips. Mit den gebildeten Wertberichtigungen und Rückstellungen ist den Risiken im Kreditgeschäft und den sonstigen Verpflichtungen ausreichend Rechnung getragen worden.

Für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute ist in angemessenem Umfang zusätzlich Vorsorge getroffen.

Die übrigen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet.

Die Sicherheitsrücklage beläuft sich auf 166,1 Mio. € (Vorjahr 162,8 Mio. €).

Neben der Sicherheitsrücklage verfügt die Sparkasse über umfangreiche ergänzende Eigenkapitalbestandteile. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die Summe der anrechnungspflichtigen Positionen nach CRR in Verbindung mit den ergänzenden Vorschriften der Solvabilitätsverordnung beträgt per 31.12.2016 14,77 % und liegt damit über dem vorgeschriebenen Mindestwert von 8,625 % (incl. kombinierte Kapitalpufferanforderung, vor SREP-Zuschlag).

Aus der Vermögenslage der Sparkasse am Niederrhein ist der weitere Geschäftsbetrieb gesichert.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Marktpräsenz

Im Geschäftsgebiet ist die Sparkasse am Niederrhein mit 28 Geschäftsstellen und 10 SB-Standorten vertreten.

Die Kunden können außerdem per Telefon, Video und auf digitalem Weg Kontakt mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufnehmen. Das Online-Banking wurde im Berichtsjahr weiter ausgebaut. So können die Kunden nun Girokonten und Sparkonten papierlos über die Internet-Filiale eröffnen.

Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr 2016 waren bei der Sparkasse am Niederrhein, ausschließlich des ohne Bezüge freigestellten Personals, 655 (Vorjahr: 669) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Davon sind 391 vollzeitbeschäftigte und 215 teilzeitbeschäftigte Angestellte sowie 49 Auszubildende. 22 Auszubildende, die ihre Ausbildung im Jahr 2016 mit Erfolg beendeten, übernahmen wir - teilweise befristet - in das Angestelltenverhältnis. Um auch in Zukunft auf gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückgreifen zu können, haben wir im abgelaufenen Geschäftsjahr 15 jungen Leuten die Möglichkeit gegeben, in unserer Sparkasse eine Ausbildung zur Bankkauffrau bzw. zum Bankkaufmann zu beginnen.

Der Qualifizierungsbedarf wurde auf Institutsebene festgelegt. Von interessierten Mitarbeitern werden die Fortbildungsmöglichkeiten zum/zur Sparkassenfachwirt/-in oder Sparkassenbetriebswirt/-in genutzt. Daneben unterstützt die Sparkasse am Niederrhein Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in Eigeninitiative weiterführende Qualifikationen erwerben. Die intensive Unterstützung des Versicherungsvertriebs war wie in den Vorjahren ein weiteres zentrales Handlungsfeld der Personalentwicklung. Der Zertifikatslehrgang der Provinzial Rheinland Versicherung AG zum Sparkassenspezialisten Versicherung und Vorsorgen wurde von mehreren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besucht.

Die betriebliche Gesundheitsförderung der Beschäftigten hat für die Sparkasse am Niederrhein einen hohen Stellenwert. So boten wir 2016 die Ausbildung in Erster Hilfe, einen „Herzcheck“ und ein Programm zur Ernährungsberatung sowie Gripeschutzimpfungen als Präventionsmaßnahmen an.

Sportliche Angebote, nicht zuletzt im Rahmen einer Vielzahl von betrieblich geförderten Betriebssportgruppen, ergänzen das Engagement der Sparkasse am Niederrhein in diesem Bereich. Einen besonderen Erfolg konnte unsere Sparkasse in 2016 bei den Teilnehmerzahlen für den jährlichen Sportabzeichen-Wettbewerb der Sparkassen-Finanzgruppe verbuchen: Die Sparkasse am Niederrhein meldet insgesamt 50 Sportabzeichen an den Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV).

Die Sparkasse am Niederrhein hat sich erfolgreich am Prämiensystem 2016 „Sichere und gesunde Unternehmen“ der Unfallkasse NRW beteiligt und dabei die höchste Prämienstufe erreicht.

Umweltaspekte

Die nachfolgende Darstellung bezieht sich auf den Energie- und Umweltbericht 2015 der Sparkasse am Niederrhein, der im Geschäftsjahr 2016 erstellt wurde.

Auch für das Geschäftsjahr 2016 wurde die Zielsetzung weiterer Einsparungen im Energiesektor ausgesprochen. Neben den laufenden Optimierungen oder Verbesserungen aus der allgemeinen Instandhaltung und Wartung unserer Immobilienstrukturen, bieten die Fort-

führung der Gebäuediagnosen und etwaig davon abgeleitet strategische Maßnahmen und Ausrichtungen auch für das Geschäftsjahr 2016 potentielle Ziele zur weiteren Reduzierung unseres Energiehaushaltes.

Für das Verbrauchsjahr 2016 rechnen wir mit leicht fallenden bis stagnierenden Verbräuchen und Kostenaufwendungen hierfür.

Durch die weiter schrumpfenden Verbrauchswerte wurde der Aufwand für unsere gesamten Energiekosten gesenkt.

Hauptindikator für den Rückgang der Energiekosten ist primär der Jahr für Jahr verringerte Bedarf an Stromenergie in unserem Institut. Aber auch die vorangegangenen Investitionen in zukunftsorientierte Gebäudetechnik, Automatisierung und Modernisierung unserer technischen Anlagen tragen kontinuierlich zur Verbesserung unserer Umwelt und den damit verbundenen Ressourcen bei. Darüber hinaus kommt unserem Hause zugute, dass die bestehenden Vertragsgestaltungen mit den Energielieferanten eine schnelle Reaktion auf die aktuelle Marktsituation zulassen, welches uns so die Möglichkeit bietet, bereits weit im Vorfeld günstige Einkaufskonditionen wahr zu nehmen.

Das Zusammenwirken aller Komponenten, angefangen bei den Vertragsgestaltungen bis hin zu den individuellen Bemühungen umweltbewussten und Ressourcen sparenden Handels bestätigt den eingeschlagenen Weg zur Initiierung und Investition energetischer Modifizierungen in allen möglichen Bereichen unseres Institutes.

Soziales Engagement / Gemeinwohlorientierung

Die Schwerpunkte der Förderleistungen, die sich auf insgesamt 1,3 Mio. € beliefen, bildeten die Bereiche Soziales und Bildung, Kultur und Sport.

Die Sparkasse am Niederrhein hat im Jahr 2016 aus Spenden, sonstigen Förderbeiträgen und aus dem Prämienspar-Zweckertrag 1,2 Mio. € für soziale, sportliche und kulturelle Zwecke zur Verfügung gestellt. Gefördert wurde mit den Geldern die Arbeit zahlreicher Vereine, Verbände und Organisationen im Geschäftsgebiet. Die sechs Stiftungen der Sparkasse am Niederrhein haben 0,1 Mio. € für soziale und kulturelle Zwecke ausgeschüttet.

Chancen- und Risikobericht

Risikomanagementziele und -methoden

Die bewusste Übernahme, aktive Steuerung und gezielte Transformation von Risiken sind Kernfunktionen und -kompetenzen von Kreditinstituten. Die Sparkasse geht Risiken unter Berücksichtigung der Risikostrategie und der Risikotragfähigkeit bewusst ein, wenn sie zur Erzielung von Erfolgen notwendig und im Verhältnis zu den Chancen vertretbar sind. Die abgeschlossenen Geschäfte dienen dazu, die Solvenz, Ertrags- und Wachstumschancen der Sparkasse nachhaltig zu erhalten. Diese Ertragschancen unterliegen banktypischen Risiken. Der verantwortungsvolle Umgang mit diesen Risiken hat in der Sparkasse am Niederrhein höchste Priorität. Daher wurde ein Risikomanagement installiert, das der Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der Risiken dient. Die risikorelevanten Steuerungsinformationen dienen als Grundlage für strategische und operative Geschäftsentscheidungen. Eine klare Aufgabenteilung zwischen den beteiligten Geschäftsbereichen der Sparkasse ermöglicht eine effiziente Umsetzung der risikopolitischen Steuerungsimpulse. Um den Anforderungen sich verändernder Rahmenbedingungen zu begegnen, passen wir unsere Strategien, Konzepte, Verfahren, Instrumente und aufbau- und ablauforganisatorischen Regelungen stetig an. Durch die fortlaufende Weiterentwicklung von präventiven Notfallkonzepten wird sichergestellt, dass auch bei Eintritt des Notfalls der Geschäftsbetrieb fortgeführt werden kann.

Gemäß den MaRisk muss jedes Institut über eine Risikocontrolling-Funktion verfügen, die für die unabhängige Überwachung und Kommunikation der Risiken zuständig ist. Der Vorstand der Sparkasse am Niederrhein hat die Leitung der Risikocontrolling-Funktion dem Abteilungsleiter Betriebswirtschaft übertragen. Der Risikocontrolling-Funktion wurden die in den MaRisk geforderten Befugnisse eingeräumt. Sie hat in der Sparkasse am Niederrhein insbesondere folgende Aufgaben:

- Unterstützung des Vorstandes in allen risikopolitischen Fragen, insbesondere bei der Entwicklung und Umsetzung der Risikostrategie sowie bei der Ausgestaltung eines Systems zur Begrenzung der Risiken.
- Durchführung der Risikoinventur und Erstellung des Gesamtrisikoprofils.
- Unterstützung des Vorstandes bei der Einrichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozesse.
- Einrichtung und Weiterentwicklung eines Systems von Risikokennzahlen und eines Risikofrüherkennungsverfahrens.
- Laufende Überwachung der Risikosituation des Instituts und der Risikotragfähigkeit sowie der Einhaltung der eingerichteten Risikolimits.
- Regelmäßige Erstellung der Risikoberichte für die Geschäftsleitung.
- Verantwortung für die Prozesse zur unverzüglichen Weitergabe von unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Informationen an die Geschäftsleitung, an das Risikocontrolling, die jeweiligen Verantwortlichen und gegebenenfalls die Interne Revision.

Der Vorsitzende des Risikoausschusses kann unter Einbeziehung des Vorstandes der Sparkasse unmittelbar beim Leiter des Risikocontrollings Auskünfte einholen. Wechselt die Leitung der Risikocontrolling-Funktion, wird der Verwaltungsrat informiert.

Wir verwenden ein periodisches Risikotragfähigkeitskonzept als Basis der Risikosteuerung. Ergänzend werden einige barwertige Risikowerte als Zusatzinformation genutzt.

Stresstests ergänzen unser Instrumentarium zur frühzeitigen Ermittlung von kritischen Belastungsfaktoren. Sie stärken unser Haus darin, ungünstigen Entwicklungen rechtzeitig mit entsprechenden Steuerungsimpulsen zu begegnen.

Unser Stresstestkonzept beinhaltet sowohl auf einzelne Risikoarten beschränkte als auch übergreifende Analysen. Dazu gehören ebenfalls die in den MaRisk benannten Pflichtszenarien „Auswirkungen eines schweren konjunkturellen Abschwungs“ und „Inverser Stresstest“, die jeweils für das Gesamtinstitut durchgeführt werden.

Im Stresstestkonzept werden unter anderem Risikokonzentrationen berücksichtigt, für die seitens der Aufsicht aber kein Zwang zur Diversifizierung besteht. Zum Teil wurden die Konzentrationen in Übereinstimmung mit der Geschäftsstrategie sogar bewusst aufgebaut. Ein Beispiel hierfür ist die Konzentration der Sparkasse am Niederrhein auf Kreditnehmer und Kreditsicherheiten aus der Region.

Über die Ergebnisse der Stresstests wird dem Vorstand regelmäßig berichtet. In 2016 ergaben sich aus den Ergebnissen keinerlei Hinweise auf eine außergewöhnliche oder eine gar den Bestand gefährdende Risikolage der Sparkasse.

Der Verwaltungsrat bestimmt die Richtlinien der Geschäftspolitik der Sparkasse und überwacht die Tätigkeit des Vorstandes. Anpassungen der Geschäfts- und Risikostrategie werden mit dem Verwaltungsrat erörtert. Im Rahmen der vierteljährlichen Risikoberichte wird er über alle wesentlichen Risikoarten umfassend informiert. Darüber hinaus wird die Vorsitzende des Verwaltungsrates im Rahmen von Ad-hoc-Meldungen unter anderem über etwaige unter Risikoaspekten wesentliche Entwicklungen informiert.

Der Vorstand der Sparkasse am Niederrhein legt neben der geschäftspolitischen Zielsetzung die wesentlichen strategischen Vorgaben und die Höhe der Verlustobergrenze fest. Dies beinhaltet auch den Beschluss des benötigten Risikokapitals auf der Grundlage des periodischen Risikotragfähigkeitskonzeptes.

Die Risikostrategie der Sparkasse definiert die Vorgaben für das Risikomanagement. Sie beinhaltet die Bestimmung des Risikoverständnisses und der Risikoneigung, die Erläuterung des Umganges mit den verschiedenen Risikoarten sowie die Festlegung der wesentlichen Risiken.

Das periodische Risikotragfähigkeitskonzept ist auf der Basis der Risikostrategie das zentrale Element der Risikomessung und -steuerung. Die Steuerung der Risiken erfolgt auf Instutzebene unter anderem durch die Limitierung der verschiedenen Risikoarten. Der Vorstand erhält vierteljährlich einen Bericht über die Entwicklung der Limitauslastungen und der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmassen.

Zusätzlich wird der Vorstand über alle nachfolgend näher erläuterten Risikoarten durch regelmäßige Berichte informiert. Außerdem besteht im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Anforderungen ein Ad-hoc-Berichtssystem.

Die Funktionen des Risikocontrollings sind aufbau- und ablauforganisatorisch von den geschäftsverantwortlichen Bereichen unabhängig.

Im revolvierenden Risikomanagementprozess kann man verschiedene Phasen unterscheiden, die zur Analyse und Quantifizierung der für die Sparkasse relevanten Risiken durchlaufen werden. Die Risiken sind zu identifizieren, zu beurteilen und in Berichten darzustellen. Diese Informationen bilden die Grundlage für die Steuerung. Die Überwachung der Risiken unter Berücksichtigung der Steuerungsmaßnahmen schließt den Regelkreis.

Bestehende und potenzielle Risiken werden mindestens jährlich im Rahmen des Strategieprozesses durch eine Risikoinventur identifiziert und hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit für die Sparkasse bewertet. Zusätzlich werden anlassbezogen Risiken aus wesentlichen Verän-

derungen externer Umwelteinflüsse oder der mit neuen Produkten oder neuen Märkten verbundene Risiken ermittelt und in die bestehenden Steuerungs- und Überwachungssysteme integriert. Um die Risiken aus neuen Produkten oder neuen Märkten korrekt einschätzen zu können, führt die Sparkasse sogenannte Neue-Produkt-Prozesse unter Einbeziehung aller beteiligten Organisationseinheiten durch. Gemäß AT 8.2 MaRisk sind vor wesentlichen Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie in IT-Systemen die Auswirkungen einer solchen Veränderung auf die Kontrollverfahren und die Kontrollintensität zu analysieren. Darüber hinaus werden bei geplanten wesentlichen Auslagerungen im Vorfeld Risikoanalysen erstellt.

Im Rahmen der Beteiligung der Leitung der Risikocontrolling-Funktion vor wichtigen risikopolitischen Beschlüssen besteht eine weitere Möglichkeit, anlassbezogene Anpassungsbedarfe der Risikoinventur zu erkennen.

Ziel der Risikobeurteilung ist, mit einer dem Risiko angemessenen Methode das Risiko zu messen. Die Risikosteuerung stellt sich als Gesamtheit der Maßnahmen dar, die darauf abzielen, Risiken im Rahmen der vom Vorstand vorgegebenen Limite einzugehen, zu verringern, zu begrenzen, zu vermeiden oder zu übertragen. Die letzte Phase des Prozesses ist die Überwachung der vom Vorstand festgelegten Limite und das regelmäßige Reporting der Risikokennziffern an den Vorstand und die zuständigen Geschäftsbereiche durch das Risikocontrolling.

Die Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren werden mindestens jährlich oder anlassbezogen von den zuständigen Abteilungen geprüft.

Die Innenrevision unterstützt als prozessunabhängige Stelle in ihrer Überwachungsfunktion den Vorstand und die anderen Führungsebenen der Sparkasse. Grundlage hierfür ist ein risikoorientierter Prüfungsplan, der vom Vorstand genehmigt wurde. Er bildet die Grundlage, auf der die Innenrevision grundsätzlich alle Betriebs- und Geschäftsabläufe prüft und bewertet. Der Fokus liegt hierbei auf den Prozessen und Methoden unter Beachtung der Grundsätze von Sicherheit, Ordnungsmäßigkeit sowie Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. Falls getroffene Feststellungen der Innenrevision zu notwendigen Maßnahmen führen, werden diese in angemessenen Zeiträumen bearbeitet. Darüber hinaus unterbreitet die Innenrevision regelmäßig Vorschläge zu möglichen Verbesserungen der von ihr geprüften Prozesse und Abläufe.

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Risiken und für die Umsetzung der Risikostrategie. Er baut dabei auf das risikobewusste Verhalten aller Mitarbeiter. Im Rahmen der Risikoinventur hat der Vorstand relevante Ausprägungen der Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditätsrisiken und operationelle Risiken als wesentliche Risiken gemäß MaRisk definiert. Adressenausfall- und Marktpreisrisiken weisen für die Sparkasse eine hervorgehobene wirtschaftliche Bedeutung auf. Mit den auf der Grundlage der Risikostrategie und des Risikotragfähigkeitspotenzials beschlossenen Risikolimiten sichert der Vorstand den Ertrag und das Vermögen der Sparkasse. Aufsichtsrechtliche und gesetzliche Normen müssen jederzeit erfüllt werden.

Die Kontrolle der Vorgaben der Risikostrategie erfolgt laufend. Die zusammenfassenden Risikoberichte werden vierteljährlich dem Vorstand zur Kenntnis gegeben.

Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie operationelle Risiken

Die nachfolgend detailliert dargestellten Risikoarten werden im Rahmen des periodischen Risikotragfähigkeitskonzeptes, das vom Going-Concern-Ansatz ausgeht, gemessen und den festgelegten Limiten gegenübergestellt.

Das Gesamtrisiko setzt sich aus den erwarteten und den unerwarteten Verlusten zusammen. Eine Ausnahme besteht beim Zinsspannenrisiko, bei dem die unerwartete Abweichung von

unserem Erwartungswert limitiert wird. Die Abbildung der Risikotragfähigkeit erfolgt durch eine rollierende 12-Monatsbetrachtung.

Bei der Aufteilung der einzelnen Limite dominieren die Limite für Adressenausfallrisiken mit 64 % und Marktpreisrisiken mit 31 % am Gesamtlimit. Für das festgelegte Gesamtlimit haben wir insgesamt 82 % des vorhandenen Risikodeckungspotenzials (Stichtag 31.12.2016) reserviert.

Die im Rahmen der periodischen Risikotragfähigkeit festgelegten Limite für Adressenausfallrisiken teilen sich auf in Limite für die Bewertungsrisiken aus dem Kundenkreditgeschäft, für die Beteiligungsrisiken sowie die Emittentenausfallrisiken aus Eigenhandelsgeschäften. Das Marktpreisrisiko wird durch die Limite für das Abschreibungsrisiko der Eigenhandelsgeschäfte, das Zinsspannenrisiko sowie das Limit für die Drohverlustrückstellung Zinsswaps begrenzt. Das bonitätsinduzierte Abschreibungsrisiko bei festverzinslichen Wertpapieren ist Bestandteil des Marktpreisrisikos. Darüber hinaus bestehen Limite für operationelle Risiken und Liquiditätsrisiken.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind durch das weitere Absinken des Zinsniveaus noch anspruchsvoller geworden. In der Struktur des Risikoportfolios gab es im Vergleich zum Vorjahr dennoch keine nennenswerten, risikoerhöhenden Veränderungen. Am Jahresende wurde die Summe der Risiken durch die vorhandenen Limite abgedeckt. Die Limitauslastung bei den Marktpreisrisiken hat sich gegenüber dem Vorjahr um rund zwei Drittel und bei den Adressenausfallrisiken moderat reduziert.

Die jeweiligen Limitauslastungen werden innerhalb der Ausführungen zu den einzelnen Risikoarten nachfolgend dargestellt.

Adressenausfallrisiken

Die Adressenausfallrisiken setzen sich aus den Kreditrisiken (Kunden), den Kontrahenten-, Emittenten-, Länder- und den Beteiligungsrisiken zusammen.

Das Kreditrisiko bezeichnet die Gefahr einer Bonitätsverschlechterung und/oder des Ausfalls einer Person oder einer Unternehmung, zu der eine Kreditbeziehung besteht.

Zentrale Bedeutung für die Kreditrisiken hat die Bonitätsbeurteilung, die bei der Sparkasse am Niederrhein durch den umfassenden Einsatz der Rating- und Scoringssysteme der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH unterstützt wird. Nahezu alle Kreditnehmer verfügen über eine aktuelle Rating- oder Scoringnote. Die volumengewichtete Durchschnittsnote aus allen eingesetzten Risikoklassifizierungsverfahren mit einer Skala von 1 - 18 (beste Note: 1) liegt für gewerbliche Kunden bei 7,3 und im privaten Kreditgeschäft bei 3,0.

Die Bonitätsbeurteilung im risikorelevanten Kreditgeschäft erfolgt durch erfahrene Kreditanalysten unter Einbeziehung der Informationen der Kundenbetreuer. Entscheidend für die Bonitätseinstufung sind die Einkommens- und Vermögensverhältnisse und die daraus ermittelte Zahlungsfähigkeit. Darüber hinaus werden auch die Sicherheiten berücksichtigt. Die Höhe der möglichen Blankokreditgewährung richtet sich nach der jeweiligen Kundenbonität.

Mit dem Frühwarnsystem der Finanz-Informatik werden problembehaftete bzw. ausfallgefährdete Engagements (Watchlist) selektiert. Falls die Überprüfung die Empfehlung des Frühwarnsystems bestätigt, werden diese Engagements im Anschluss an die Abteilung Sonderkredite zur Sanierung oder Abwicklung übergeleitet.

Das Kreditportfolio wird darüber hinaus anlassbezogen - mindestens jedoch vierteljährlich - auf erkennbare Risiken überprüft. Diesen Risiken wird durch eine angemessene Risikovorsorge Rechnung getragen. Zur Quantifizierung der Risikovorsorge werden relevante Kredit-

engagements einer Einzelfallbetrachtung unterzogen. Sofern sich hieraus aufgrund der festgestellten Risikolage der Bedarf einer Einzelwertberichtigung ergibt, werden die der Sparkasse am Niederrhein wirksam gestellten Sicherheiten betrachtet. Die realisierbaren Werte dieser Sicherheiten werden entsprechend der mit den Kreditnehmern geschlossenen Sicherheitenvereinbarungen in Abzug gebracht. Als Differenzbetrag ergibt sich so die Höhe des individuellen Risikovorsorgebedarfs. Für latente Risiken werden Pauschalwertberichtigungen gebildet.

Die Struktur der Ausleihungen zeigt im Vergleich zu den Verbandssparkassen einen unterdurchschnittlichen Anteil bei Unternehmenskrediten und Krediten an wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen. Im Vergleich zum Verbandsdurchschnitt bestehen in unserem Hause also höhere Anteile am aus unserer Sicht risikoärmeren Privatkundengeschäft. Im gewerblichen Kreditgeschäft ist die Branchenstruktur unseres Hauses mit der des Verbandes weitgehend vergleichbar. Hierbei bildet die Dienstleistungsbranche mit einer Vielzahl von unterschiedlichen Dienstleistungen sowohl bei der Sparkasse am Niederrhein als auch bei den Verbandssparkassen einen Schwerpunkt im Kreditgeschäft. Aufgrund der Diversität der Dienstleistungen besteht hier unseres Erachtens jedoch keine Konzentration.

Das Kundenkreditvolumen zum Jahresende auf Basis Inanspruchnahme verteilt sich folgendermaßen auf die Hauptbranchen:

Sparkasse am Niederrhein	Mio. Euro*	Anteil in %
	(evtl. Abweichungen in den Summen beruhen auf Rundungen)	
Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	969	41,20
darunter		
Land-/Forstwirtschaft, Fischerei, Aquakultur	12	(1,24)
Energie-/Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen/Erde	32	(3,30)
Verarbeitendes Gewerbe	94	(9,70)
Baugewerbe	53	(5,47)
Handel; Instandhaltung und Reparatur von KFZ	113	(11,66)
Verkehr und Lagerei; Nachrichtenübermittlung	33	(3,41)
Finanzierungsinstitutionen und Versicherungsunternehmen	47	(4,85)
Dienstleistungsgewerbe	584	(60,27)
Wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen	1.198	50,94
öffentliche Haushalte	145	6,16
sonstige Kreditnehmer	40	1,70
Summe	2.352	100,0

*Zuordnung nach dominierender wirtschaftlicher Tätigkeit.

Auf eine auf das Gesamtgeschäft bezogene Steuerung der Branchenstruktur, z. B. durch den Ausschluss bestimmter Branchen von der Kreditvergabe, verzichten wir, weil dies unseres Erachtens nicht im Einklang mit dem öffentlichen Auftrag unseres Hauses steht.

Im Privatkundengeschäft werden wir die weitgehend besicherte Finanzierung selbstgenutzter Wohnimmobilien wie bisher in den Mittelpunkt unserer kreditgeschäftlichen Aktivitäten stellen.

Die derzeitige größenmäßige Schichtung des gesamten Kreditportfolios, die sich in den Vorjahren nicht nennenswert verändert hat, halten wir grundsätzlich für geeignet, eine angemessene Kredit- und Risikostreuung zu erreichen. Trotzdem bestehen Konzentrationen einzelner Kreditnehmer, die einen überproportionalen Anteil am gesamten Kreditrisiko besitzen.

Bei den kommunalen Kreditnehmern besteht eine Größenkonzentration, die wir bewusst eingegangen sind.

Wir halten die periodischen Adressenausfallrisiken nicht für außergewöhnlich. Sie sind auch im Hinblick auf die vorhandene Risikotragfähigkeit vertretbar.

Die Sparkasse hat das zentral entwickelte Kreditportfoliomodell Credit Portfolio View (CPV) der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH implementiert.

Im Rahmen der barwertigen Betrachtung ermöglicht CPV die Analyse des Kreditportfolios hinsichtlich der Darstellung der erwarteten Verluste, des ökonomischen Kapitalbedarfs, die Berechnung von Größenkonzentrationen sowie die Analyse von Teilportfolien. Das Risikomaß ist der Value-at-Risk und bezeichnet hier die ungünstigste Abweichung vom erwarteten Verlust, die bei einem unterstellten Risikohorizont von einem Jahr mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % nicht überschritten wird. Hierbei werden neben Kreditportfoliodaten auch übergreifende Parameter wie Konjunktoreinflüsse, Ratingmigrationen, Ausfallzeitreihen sowie Einbringungs- und Verwertungsquoten berücksichtigt. Das Barwertmodul liefert Zusatzinformationen zum Kreditportfolio. Der Vorstand erhält vierteljährlich einen Bericht der wesentlichen Kennzahlen.

In der periodischen Sicht ermöglicht CPV die Schätzung von erwarteten und unerwarteten Verlusten für die Gewinn- und Verlustrechnung unseres Hauses. Wir verwenden hier ebenfalls ein Konfidenzniveau von 99 %. Diese Ergebnisse fließen in die vierteljährliche periodische Risikotragfähigkeitsberechnung ein.

Im gewerblichen Kreditgeschäft nutzt die Sparkasse risikoadjustierte Preise (RAP). Neben der Ermittlung einer angemessenen und fairen Bepreisung des Adressenausfallrisikos sollen die risikoadjustierten Preise dazu beitragen, gute Bonitäten mit attraktiven Konditionen an unser Haus zu binden und das Kreditgeschäft mit schlechten Bonitäten tendenziell zu reduzieren. Damit tragen risikoadjustierte Preise zu einer Verbesserung der Qualität des Kreditportfolios bei.

Das Bewertungsergebnis aus dem Kundenkreditgeschäft hat sich im Vergleich zum Vorjahr spürbar verbessert. Dabei blieb es nennenswert unterhalb der im Rahmen der Jahresplanung 2016 erwarteten Verluste aus diesem Geschäftsfeld. Es ist ebenfalls günstiger als der Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2015.

Unter dem Kontrahentenrisiko verstehen wir das Risiko, dass eine Gegenpartei - vornehmlich im Bereich der Eigenhandelsgeschäfte - vollständig oder teilweise ausfällt und die entsprechende Position zum aktuellen, für die Sparkasse ungünstigeren Marktkurs abgewickelt werden muss. Das Kontrahentenrisiko zielt damit auf den Schwebezustand von Geschäften ab. Dieses Risiko beschränken wir durch die sorgfältige Auswahl unserer Vertragspartner sowie durch Handelslimite je Partner.

Das Emittentenrisiko bezeichnet die Gefahr des vollständigen oder teilweisen Ausfalls eines Emittenten von Wertpapieren oder sonstigen Finanzinstrumenten. Auch hier werden die Adressenausfallrisiken durch die sorgfältige Auswahl der Emittenten sowie durch Bestandslimite je Partner begrenzt.

Der Gesamtbestand der Eigenhandelsgeschäfte besteht zu rund 40 % aus inländischen Pfandbriefen und Staatsanleihen. Der überwiegende Teil der ungedeckten Anlagen (Corporates und IHS) entfällt auf Finanzdienstleister. Der hohe Anteil von Anlagen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe basiert auf gruppenstrategischen Erwägungen. Diese Anlageschwerpunkte wurden im Rahmen der Anlagestrategie bewusst gewählt.

Zur Messung des Adressenausfallrisikos für die Eigenanlagen in Wertpapieren verwendet die Sparkasse externe Ratingnoten, welche über die Anwendung SimCorp Dimension (SCD) angeliefert werden.

Der Anteil von Geschäften mit höheren Adressenausfallrisiken wird durch die Anlagestrategie begrenzt.

Im Bereich der Eigenhandelsbestände waren 2016 wie im Vorjahr keine Ausfälle zu verzeichnen.

Es befinden sich keine Anleihen von Emittenten aus wirtschaftsschwachen Eurostaaten im Eigenbestand der Sparkasse. In den Spezialfonds besteht ein Engagement von insgesamt 19,6 Mio. € in Anleihen von Emittenten mit Sitz in diesen Staaten, welches ein hohes Maß an Diversifikation aufweist.

Insgesamt sind derzeit aus der Struktur der Wertpapieranlagen keine erhöhten latenten Risiken abzuleiten.

Das Länderrisiko im grenzüberschreitenden Kreditgeschäft besteht in der Gefahr, dass Zins- und Tilgungsleistungen ausländischer Kreditnehmer nicht termingerecht, nicht vollständig oder gar nicht geleistet werden, wobei die Zahlungsunfähigkeit oder die fehlende Zahlungsbereitschaft durch das Land verursacht wird, in dem der Schuldner ansässig ist, und nicht durch den Schuldner oder dessen Bonität. Das Kreditvolumen außerhalb Deutschlands ist im Vergleich zu den gesamten Aktiva unbedeutend, so dass hier keine nennenswerten Risiken bestehen.

Das Beteiligungsrisiko wird als die Gefahr verstanden, dass aus der Bereitstellung von Eigenkapital für Dritte Verluste entstehen. Die Steuerung erfolgt im Rahmen der Geschäfts- und Risikostrategie.

Wesentlichste Beteiligung ist die Pflichtbeteiligung am Rheinischen Sparkassen- und Giroverband (RSGV). Diese stellt eine Risikokonzentration dar. Das Risiko muss getragen werden.

Bei zwei Beteiligungen haben wir Abschreibungen und bei einer Beteiligung eine Zuschreibung vorgenommen. Die Belastung aus Beteiligungen ist insgesamt deutlich geringer als der in der Jahresplanung 2016 erwartete Wert. Auch im Vorjahresvergleich ist eine spürbare Reduzierung des Bewertungsaufwandes für Beteiligungen festzustellen.

Über die Adressenausfallrisiken wird der Vorstand vierteljährlich durch einen ausführlichen Bericht informiert.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeit bewegten sich die Belastungen aus Adressenrisiken im Kundenkreditgeschäft, Adressenausfallrisiken aus Eigenhandelsgeschäften und Beteiligungen jederzeit innerhalb der entsprechenden Limite.

Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken sind mögliche Ertrags- und Vermögenseinbußen zu verstehen, die sich aus der Veränderung von Marktpreisen ergeben. Die Sparkasse am Niederrhein differenziert bei den Marktpreisrisiken zwischen Zinsänderungs-, Spread-, Aktienkurs-, Währungs-, Immobilien- und Optionsrisiko.

Das Zinsänderungsrisiko lässt sich in das periodische Zinsspannenrisiko, das periodisch orientierte Abschreibungsrisiko und das wertorientierte Zinsänderungsrisiko differenzieren.

Die Quantifizierung des Zinsänderungsrisikos erfolgt auf Grundlage der Cashflows der Einzelgeschäfte. Die Cashflows von Produkten mit unbestimmter Zinsbindungs- bzw. Kapitalfälligkeit werden anhand von Mischungen gleitender Durchschnitte unterschiedlicher Zinsbindungsfristen modelliert, die unter der Berücksichtigung der Historie und erwarteter Zinsentwicklungen im Hinblick auf das Konzept konstanter Margen abgeleitet werden.

Im Rahmen der periodischen Betrachtung wird das Zinsspannenrisiko als negative Abweichung des Zinsüberschusses von einem zuvor erwarteten Wert interpretiert. Das Abschreibungsrisiko gibt die Kursverluste von Wertpapieren an, die aus Veränderungen der Marktzinsen resultieren. Negative Wertänderungen der verzinslichen Vermögens- und Schuldpositionen aufgrund von Veränderungen der risikolosen Zinskurve bilden das wertorientierte Zinsänderungsrisiko.

Zur Bilanzstruktursteuerung und zur periodischen Ermittlung des Zinsspannenrisikos nutzt die Sparkasse neben dem Sparkassen-Prognosesystem den GuV-Planer. Mit dem GuV-Planer werden verschiedene Szenarien der Zinsspannenentwicklung unter Berücksichtigung der strategischen Ziele simuliert.

Auf der Grundlage der Ergebnisse des GuV-Planers können gezielte Steuerungsmaßnahmen zur Ertragsverbesserung unter Chancen-/Risikoaspekten vorgenommen werden.

Das Abschreibungsrisiko des Eigengeschäftes wird durch das Risikocontrolling nach Art und Höhe bewertet. Hierzu werden die Bewertungsergebnisse auf der Grundlage der für die Risikotragfähigkeit relevanten Zinsszenarien berechnet.

Als Spreadrisiko werden Renditedifferenzen bezeichnet, die die mit einer Anlage verbundenen Risiken, insbesondere aus der Bonität eines Emittenten oder der (fehlenden) Handelbarkeit einer Anlage kompensieren. Das Spreadrisiko besteht für die Sparkasse als Investor insbesondere in der Ausweitung von Renditedifferenzen aufgrund von unerwarteten Verschlechterungen der Bonität einzelner Emittenten oder der Ausweitung von Risikoaufschlägen für bestimmte Ratingklassen, die ein Abschreibungsrisiko der entsprechenden Positionen im Depot A (Eigenhandelsgeschäfte) verursachen können. Eine Spreadausweitung hat ebenfalls Auswirkungen auf die Liquiditätsposition, weil die betroffenen Wertpapiere nur zu ungünstigeren Konditionen veräußert werden könnten.

Die Messung erfolgt zusammen mit dem zinsinduzierten Abschreibungsrisiko im Rahmen der integrierten Zinsrisikosteuerung.

Zur Ermittlung des barwertigen Zinsänderungsrisikos des gesamten Zinsbuches nutzt die Sparkasse die Software S-Treasury.

Der Value-at-Risk wird mittels des Verfahrens der „Modernen historischen Simulation“ auf Basis der Zinsentwicklungen seit 1988, einer unterstellten Haltedauer von drei Monaten (63 Handelstage) und einem Konfidenzniveau von 99 % berechnet. Der Value-at-Risk ist hierbei als Abweichung der Wertentwicklung des Zinsbuches innerhalb von drei Monaten von der mittleren Performance des Barwertes aller Szenarien definiert.

Mit ihrem Rundschreiben 11/2011 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) den zu simulierenden Zinsschock auf +/- 200 Basispunkte normiert. Die Sparkasse am Niederrhein ist im Sinne dieses Rundschreibens ein Institut mit „erhöhten Zinsänderungsrisiken“. Dies bedeutet, dass sich der Wertverlust des Zinsbuches der Sparkasse durch den von der BaFin definierten Zinsschock oberhalb der festgelegten Meldeschwelle bewegt.

Die BaFin stellt jedoch bereits in ihrem Anschreiben zum o. g. Rundschreiben klar, dass sie diese Schwelle nicht als Risikosteuerungsgröße versteht. Sie ist sich bewusst, dass der aufsichtsrechtliche Zinsrisikokoeffizient keine ökonomische Steuerungsgröße darstellt. Im Rundschreiben der BaFin wird explizit darauf hingewiesen, dass die Meldeschwelle nicht als aufsichtsrechtlich vorgegebene Obergrenze für das Eingehen von Zinsänderungsrisiken interpretiert werden darf.

Über die Entwicklung des periodischen Zinsspannenrisikos und des wertorientierten Zinsänderungsrisikos erhält der Vorstand quartalsweise einen Bericht. Die Ergebnisse des periodischen Abschreibungsrisikos der Eigengeschäfte werden dem Vorstand anlassbezogen, jedoch mindestens vierteljährlich, vorgelegt.

Das Aktienkursrisiko im engeren Sinne ergibt sich aus möglichen Änderungen des gesamten Aktienmarktes. Es beschreibt als Marktpreisrisiko die Gefahr, dass durch Preisänderungen auf den Aktienmärkten die jeweiligen Bestände bzw. offenen Positionen an Wert verlieren und dadurch ein Verlust entsteht. Negative Kurswertänderungen von Aktien aufgrund von Bonitätsverschlechterungen eines Emittenten (= spezifisches Aktienkursrisiko) sind zwar streng genommen den Adressenausfallrisiken zuzuordnen, werden aufgrund der fehlenden Möglichkeiten zur Differenzierung jedoch ebenfalls dem Aktienkursrisiko zugeordnet. Die Sparkasse am Niederrhein hat 2016 keine Aktienbestände gehalten.

Das Währungsrisiko wird als Gefahr einer Vermögensminderung infolge von Devisenkurschwankungen definiert. Aufgrund der unwesentlichen Bestände besteht in unserem Hause kein relevantes Währungsrisiko.

Als Immobilienrisiko verstehen wir die Gefahr eines Verkehrswertrückganges für Immobilien. Das Immobilienrisiko resultiert aus Immobilien, die im Rahmen von Rettungserwerben erworben wurden und weiterveräußert werden sollen. 2016 ergab sich in diesem Bereich kein Bewertungsbedarf. Im Vorjahr war hier ein marginaler Bewertungsverlust zu verzeichnen.

Das Optionsrisiko wird in ein originäres und ein implizites Optionsrisiko differenziert. Das originäre Optionsrisiko (Deltarisiko) ist ein Teilrisiko des betriebswirtschaftlichen Marktpreisrisikos von Optionen und gibt die Sensitivität des Optionspreises gegenüber Preisänderungen des Basiswertes an. Das implizite Optionsrisiko besteht aus Optionsrechten von Kunden und institutionellen Geschäftspartnern (z. B. Institute der Sparkassenfinanzgruppe), die sowohl in Aktiv- als auch in Passivprodukte eingebettet sein können. Originäre Optionsrisiken ist die Sparkasse am Niederrhein 2016 nicht eingegangen. Implizite Optionsrisiken werden in die Risikomessung der zu Grunde liegenden Produkte mit einbezogen.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeit wurde das Limit für Marktpreisrisiken (Zinsspannenrisiko, Abschreibungsrisiko für das Eigengeschäft, Drohverlustrückstellung Swaps) 2016 jederzeit eingehalten. Dieses wurde im Laufe des Jahres 2016 u. a. aufgrund der nicht mehr erforderlichen imparitätischen Bewertung der langlaufenden Zinsswaps deutlich reduziert.

Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisiken werden in das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das Refinanzierungsrisiko und das Marktliquiditätsrisiko unterteilt. Das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne ist die Gefahr, dass die Sparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneinge-

schränkt nachkommen kann. Beim Refinanzierungsrisiko handelt es sich um das Risiko, dass Liquidität bei Bedarf nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann. Als Marktliquiditätsrisiko bezeichnet man die Gefahr, in einzelnen Produkten nicht oder nicht zu erwarteten Konditionen kontrahieren zu können.

Liquiditätsrisiken steuert die Sparkasse durch eine vorsichtige und angemessene Liquiditätsvorsorge und eine verantwortungsvolle Strukturierung der Aktiva und Passiva. Die Überwachung und Steuerung der Liquidität erfolgt im Rahmen der täglichen Liquiditätsdisposition. Darüber hinaus werden vierteljährlich die im weiteren 12-Monats-Verlauf eintretenden Salden aus Fälligkeiten der Aktiva und Passiva zur Steuerung der mittelfristigen Liquiditätsentwicklung ermittelt und dem Vorstand zur Kenntnis gegeben. Außerdem werden unterschiedliche Szenariobetrachtungen durchgeführt. Dabei orientiert sich die Sparkasse an den Anforderungen der Liquiditätsverordnung. Vierteljährlich bestimmt die Sparkasse zusätzlich den Zeitraum, in dem sie auch unter strengen Prämissen zahlungsfähig bleibt (Survival Period). Um erforderlichenfalls zeitnah und strukturiert reagieren zu können, hat die Sparkasse Frühwarnschwellen definiert und eine Liquiditätsliste erstellt, die quartalsweise aktualisiert wird.

Aufgrund der Ausrichtung ihres Geschäftsmodells auf das Kundengeschäft verfügt die Sparkasse über Refinanzierungsquellen in Form von diversifizierten Kundeneinlagen. Über das Kundengeschäft hinaus hat die Sparkasse Zugang zu weiteren Refinanzierungsquellen. So wurden der Sparkasse beispielsweise durch Verbundpartner Refinanzierungsmöglichkeiten eingeräumt.

Aufgrund des überwiegend kleinteiligen Kundengeschäftes auf Aktiv- und Passivseite schätzen wir uns als Institut mit einer stabilen Refinanzierung ein. Unser Haus nutzt ein dieser Geschäftsstruktur angemessenes Liquiditätskostenverrechnungssystem.

Die Sparkasse verfügt über ausreichende Liquiditätsreserven. Es besteht bis auf weiteres keine Notwendigkeit, Wertpapiere aufgrund von Liquiditätserwägungen vor Fälligkeit unter Inkaufnahme von Kursabschlägen zu veräußern.

Die Sparkasse verfügt – wie es auch die Liquiditätskennzahl zeigt – insgesamt über eine gute Liquiditätsposition.

Das Risiko einer Illiquidität ist nicht sinnvoll durch Risikodeckungspotenzial zu begrenzen. Für erhöhte Refinanzierungskosten bestand im Geschäftsjahr 2016 ein Verlustlimit, das wie in den Vorjahren jederzeit eingehalten wurde.

Die Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio – LCR) dient der Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit von Kreditinstituten in einem Betrachtungshorizont von 30 Kalendertagen unter Berücksichtigung eines von der Aufsicht vorgegebenen Stressszenarios. Für das Kalenderjahr 2016 galt eine täglich zu erfüllende Mindestquote von 70 %, die 2017 auf 80 % und 2018 auf 100 % ansteigt. Die Sparkasse am Niederrhein hat die in 2016 geforderte Liquiditätsdeckungsquote jederzeit erfüllt und darüber hinaus Prozesse eingerichtet, um die geforderte Mindestquote auch zukünftig zu keinem Zeitpunkt zu unterschreiten.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind definiert als die Gefahr von Schäden, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintreten. Kreditinstitute nutzen u. a. im Rahmen der Risikoüberwachung quantitative Modelle. Das Risiko, dass die hinter den zum Teil komplexen Modellen stehenden Annahmen in der Praxis nicht oder nur teilweise eintreten, wird als Modellrisiko bezeichnet. Das Modellrisiko stellt einen Teil des operationellen Risikos (Unangemessenheit oder Versagen von internen Verfahren) dar. In den operationellen Risiken ist auch das Rechtsrisiko enthalten. Unter dem Rechtsrisiko versteht man die Gefahr

von Schäden durch Rechtsprozesse, Klagen etc. Das Rechtsrisiko ist ein Sekundärrisiko, das eine mögliche Folge zu einem operationellen Risiko darstellt.

Operationellen Risiken wirkt der Vorstand durch Notfallpläne, ein zeitgemäßes Anweisungswesen, ein internes Kontrollsystem, dem Einsatz von qualifiziertem Personal sowie weitgehende Verwendung von Standardverträgen entgegen. Ein adäquater Versicherungsschutz verhindert unangemessene finanzielle Belastungen aus Ereignissen, die von der Sparkasse nicht beeinflusst werden können.

Einen Schwerpunkt der operationellen Risiken bildet die IT-Sicherheit. Die Sparkasse hat technische und organisatorische Vorkehrungen gegen den Ausfall von Hardware, Software und Netzwerken sowie zur Datensicherung getroffen. Differenzierte Berechtigungssysteme sowie Kontroll- und Überwachungsprozesse gewährleisten den Schutz von vertraulichen Informationen vor unberechtigten Zugriffen. Bei der Umsetzung der verabschiedeten IT-Sicherheitspolitik folgt unser Haus den Konzepten des Rahmenwerks „Sicherer IT-Betrieb“ des Informatikzentrums der Sparkassen-Finanzgruppe in der Fassung der Finanz-Informatik und gewährleistet so die Einhaltung der definierten Sicherheitsstandards und die Funktion des IT-Sicherheits-Managementsystems.

Die Sparkasse setzt die vom DSGVO im Projekt "Operationelle Risiken" entwickelten Instrumente Schadensfalldatenbank und Risikoinventur ein. In der Schadensfalldatenbank werden tatsächlich eingetretene Schäden aus operationellen Risiken ab einem Betrag von 1.000 € erfasst (ex-post Betrachtung). Die auf Basis von Interviews oder Fragebögen erfolgte Inventur operationeller Risiken wird zur ex-ante Beurteilung möglicher Schäden genutzt. Die Auslastung lag 2016 unverändert innerhalb des Puffers für Verluste aus operationellen Risiken.

Für etwaige Ansprüche aus fehlerhaften Widerrufsbelehrungen im Darlehensgeschäft haben wir eine entsprechende Rückstellung gebildet.

Die Ergebnisse aus Schadensfalldatenbank und Risikoinventur werden jährlich zu Berichten an den Vorstand zusammengefasst.

Sonstige Risiken

Das Reputationsrisiko beinhaltet die Gefahr, dass sich das Ansehen bzw. die öffentliche Meinung über unser Institut negativ verändert. Es stellt für die Sparkasse ein Folgerisiko dar. Reputationsrisiken entstehen i. d. R. dann zusätzlich, wenn wesentliche Risiken, wie z. B. prominente Ausfälle im Kreditgeschäft, schlagend werden. Zur konkreten Ermittlung der von Reputationsrisiken ausgelösten Schäden steht kein technisches Verfahren zur Verfügung. Etwaige Auswirkungen würden daher im Risikodeckungspotenzial oder den zu Grunde liegenden Risikoarten abgebildet.

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG, vormals Westdeutschen Landesbank AG (u. a. der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf - RSGV- mit rd. 25,03 %) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der WestLB AG auf eine Abwicklungsanstalt (Erste Abwicklungsanstalt - EAA) vereinbart.

Für weitere Ausführungen verweisen wir auf den Anhang zum Jahresabschluss 2016.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die im Rahmen des periodischen Risikotragfähigkeitskonzeptes beschlossene Verlustobergrenze wurde wie im Vorjahr nicht überschritten.

Wir gehen davon aus, dass die Entwicklung in den beschriebenen Risikokategorien 2017 mit dem Geschäftsjahr 2016 vergleichbar sein wird. Die Sparkasse am Niederrhein verfügt über ausreichende Mittel zur Deckung der bestehenden Risiken. Die stabile Risikotragfähigkeit ist nach wie vor gewährleistet.

Es bestehen keine außergewöhnlichen Risiken, deren Eintritt den Geschäftsverlauf der Sparkasse am Niederrhein wesentlich negativ beeinflussen könnte, somit eine Gefährdung der weiteren Entwicklung nach sich zögen oder gar bestandsgefährdend wären.

Unabhängig von der stabilen Risikotragfähigkeit unseres Hauses bedeutet das Sicherungssystem, dass auch zukünftig die Geschäftsbeziehung zu den Kunden dauerhaft und ohne Einschränkungen fortgeführt und ein Einlagensicherungsfall vermieden werden soll.

Prognosebericht

Wir weisen darauf hin, dass die tatsächlichen Ergebnisse wesentlich von unseren Erwartungen über die voraussichtliche Entwicklung abweichen können. Die folgende Prognose bezieht sich auf das Geschäftsjahr 2017.

Die Daten des vergangenen Jahres zeigen für Deutschland zunächst eine durchaus positive Ausgangslage: Ein solides BIP-Wachstum von 1,9 %, die gestiegene Beschäftigung, die gesunkene Arbeitslosigkeit, ein Plus im Staatshaushalt.

Einige Rahmenbedingungen haben sich jedoch im Verlauf des Jahres 2016 verschlechtert. Vor allem sind die politischen Risiken (inkl. Terrorgefahr) größer geworden. Auch der Brexit-Entscheid und die Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten bergen (auch ökonomische) Risiken.

Die aktuellen Stimmungsindikatoren von ifo und ZEW zeigen daher auch eine gewisse Unsicherheit über die künftige konjunkturelle Entwicklung bei einer gleichzeitig positiven Einschätzung der derzeitigen Situation.

Die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe gehen in ihrer gemeinschaftlichen Prognose für 2017 von einem BIP-Zuwachs um 1,3 % aus, die Prognosen der großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute bewegen sich zwischen einem Plus von 1,1 % und 1,7 %.

Das Wachstum in 2017 wird erneut von der starken inländischen Nachfrage getrieben.

Das nominale Volkseinkommen wird in 2017 voraussichtlich weiter zunehmen. Allerdings gehen die meisten Forschungsinstitute mit ihren Schätzungen zwischen +2,6 % und +2,9 % von einer geringeren Steigerung als im Vorjahr aus.

Beim verfügbaren Einkommen wird ein weiterer Anstieg zwischen 2,6 % und 2,8 % erwartet. Damit stehen auch unter Berücksichtigung der Inflation von rund 1,5 % im laufenden Jahr mehr Mittel für den Konsum und/oder das Sparen zur Verfügung. Die Wirtschaftsforscher prognostizieren eine Sparquote zwischen 9,5 % und 9,8 %, die somit auf einem ähnlichen Niveau wie 2016 (9,7 %) liegen wird.

Neben den steigenden Einkommen fördert auch in 2017 die gute Arbeitsmarktsituation den privaten Konsum. Bei den privaten Konsumausgaben wird ein um 1,2 % bis 1,5 % geringerer Zuwachs als im Jahr 2016 erwartet.

Auch die Investitionen werden zum Wachstum im Jahr 2017 beitragen. Ein Zuwachs wird für die Bruttoanlage- und Ausrüstungsinvestitionen prognostiziert. Bei den im letzten Jahr stark angestiegenen Bauinvestitionen ist für 2017 mit einer weiteren Zunahme zu rechnen, allerdings schwächt sich die Dynamik gegenüber dem Vorjahr ab.

Der Außenhandel wird in diesem Jahr voraussichtlich deutlich zunehmen, sowohl auf der Import- wie auch auf der Exportseite. Der Außenbeitrag wird nach den Prognosen großer Forschungsinstitute in diesem Jahr negativ ausfallen und das gesamtwirtschaftliche Wachstum um 0,2 bis 0,4 % -Punkte drücken.

Für das laufende Jahr rechnen die Wirtschaftsforscher damit, dass der Finanzierungsüberschuss des Staates sich im Rahmen von +0,1 % bis +0,5 % in Relation zum BIP bewegen wird.

Auf dem Arbeitsmarkt sieht die Lage aus Sicht der Arbeitnehmer weiterhin positiv aus. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote wird sich in Summe in 2017 kaum ändern, die Prognosen liegen zwischen 5,9 % und 6,1 % (2016: 6,1 %).

Die Verbraucherpreise in Deutschland werden 2017 voraussichtlich deutlich stärker ansteigen als in den vergangenen Jahren. Die Prognosen liegen zwischen 1,3 % und 1,6 %. Wesentliche Ursache hierfür ist die Energiepreisentwicklung. Damit nähert sich die Inflationsrate deutlich der EZB-Zielmarke von knapp 2 % an. Ob dies jedoch zu einer entsprechenden Änderung der derzeitigen Geldpolitik führen wird, ist zu bezweifeln.

Für unsere Region erwarten wir keine von den Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute abweichenden Entwicklungen.

Wir stellen den individuellen Kundenbedarf in den Mittelpunkt – Kundenzufriedenheit gehört zu den wichtigsten Unternehmenszielen. Basis für das Verständnis als Qualitätsanbieter sind ein umfassender und freundlicher Service, eine kompetente und bedarfsgerechte Beratung sowie passende Produkte. Das Sparkassen-Finanzkonzept ist ein Mittel, eine qualitativ einheitliche und faire Beratung sicherzustellen. Das Leistungsangebot soll beständig an sich wandelnde Kundenbedürfnisse angepasst werden.

Im Rahmen der Vertriebsintensivierung, die wir als dauerhaften Prozess zur Erhaltung und Ausweitung der Vertriebskraft betrachten, orientieren sich alle Bereiche immer wieder neu an den Kundenbedürfnissen. Effizientere Prozesse sollen dazu beitragen, Kosten zu senken und die Ertragskraft der Sparkasse nachhaltig zu steigern.

Unsere Kreditpolitik orientiert sich in erster Linie am öffentlichen Auftrag der Sparkasse gemäß § 2 Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen (SpG NW), unter besonderer Berücksichtigung der lokalen Wirtschaft und des Mittelstandes. Das Kreditgeschäft basiert im Wesentlichen auf Ausleihungen an private und gewerbliche Kreditnehmer. Bei allen Kreditentscheidungen stehen die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer im Vordergrund.

Aufgrund verschiedener Faktoren rechnen wir in 2017 damit, dass unsere Forderungen an Kunden leicht wachsen werden. Einen Schwerpunkt sehen wir – wie in den Vorjahren – bei den Wohnungsbaukrediten.

Bei den Einlagen erwarten wir für 2017 eine leichte Steigerung bei den Spar- und Sichteinlagen der Privatkunden.

Ziel ist es, den Versicherungsbestand zu stabilisieren und den Kunden eine qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Beratung anbieten zu können, die im Einklang mit dem Sparkassen-Finanzkonzept steht.

Durch eine zielgerichtete und bedarfsorientierte Weiterbildungsplanung sorgen wir auch in Zukunft dafür, dass unsere Kunden von gut ausgebildeten Beraterinnen und Beratern betreut werden, unsere Kolleginnen und Kollegen in den vertriebsunterstützenden Einheiten allen fachlichen und rechtlichen Anforderungen auf Augenhöhe begegnen und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von verantwortungsbewussten und kompetenten Führungskräften geleitet werden. So wird ein Schwerpunkt der Personalentwicklung in 2017 erneut die Wertpapier-Beratung sein.

Wir rechnen für 2017 mit einer Seitwärtsbewegung der Zinsen. Der Zinsüberschuss wird sich im Jahr 2017 auf dem Niveau des Jahres 2016 bewegen.

Nach unserer Einschätzung werden die Provisionsüberschüsse deutlich über dem Niveau des Jahres 2016 liegen.

Im laufenden Jahr rechnen wir unter Berücksichtigung der Entwicklung der Mitarbeiteranzahl und der Tarifsteigerungen mit einem im Vergleich zum Jahr 2016 moderat steigenden Personalaufwand.

Der Sachaufwand wird weiterhin restriktiv geplant und die Sensibilität für Kosten weiterhin geschärft. In 2017 gehen wir dennoch von einem deutlich steigenden Aufwand gegenüber 2016 aus.

Für das Jahr 2017 rechnen wir mit einer Cost-Income-Ratio (CIR) von rund 77 %.

Insgesamt erwarten wir für das Jahr 2017 ein gegenüber 2016 leicht verringertes Betriebsergebnis vor Bewertung. Dies ist im Wesentlichen durch einen Anstieg der allgemeinen Verwaltungsaufwendungen begründet.

Entsprechend unserer Geschäfts- und Risikostrategie gehen wir davon aus, dass uns das Betriebsergebnis vor Bewertung 2017 in die Lage versetzt, mögliche weitere Risikobelastungen auszugleichen. Aufgrund der prognostizierten Zinsentwicklung erwarten wir ein leicht steigendes Bewertungsergebnis aus unseren Eigenanlagen. Im Kundenkreditgeschäft entspricht der Kalkulationswert dem des Vorjahres und liegt deutlich über dem tatsächlichen Bewertungsergebnis des Jahres 2016.

Insgesamt erwarten wir ein spürbar rückläufiges Ergebnis vor Ertragssteuern und Reservenbildung.

Im Geschäftsjahr 2017 setzt sich der Aufbau des Kapitalerhaltungspuffers gemäß der Kapitaladäquanzverordnung (englisch: Capital Requirements Regulation, kurz CRR) fort. Er beträgt ab 01.01.2019 2,5 % des Gesamtrisikobetrages und ist in vier gleichmäßigen Jahrestanchen von je 0,625 % des Gesamtrisikobetrages aus hartem Kernkapital zu bilden. Er erhöht dauerhaft und konjunkturunabhängig die Anforderungen an das harte Kernkapital.

Der sogenannte antizyklische Kapitalpuffer gemäß CRR ist ebenfalls anzuwenden. Er dient dem Zweck, in wirtschaftlich starken Phasen die Kreditvergabe zu bremsen und in darauffolgenden Abschwungphasen die Kreditvergabe nicht stärker einzuschränken.

Der antizyklische Kapitalpuffer beträgt in der Regel 0 % bis 2,5 %. Soweit erforderlich kann von den national zuständigen Aufsichtsbehörden auch ein über 2,5 % hinausgehender Wert festgelegt werden. Je nach der geographischen Struktur der Aktiva eines Instituts ergeben sich individuelle antizyklische Kapitalpufferquoten. Hierzu werden die Pufferquoten der jeweiligen Länder mit den Gesamtrisikobeträgen der Aktiva aus diesen Ländern gewichtet.

Die durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht veröffentlichte antizyklische Pufferquote beträgt 0 %. Unter Berücksichtigung des grenzüberschreitenden Portfolios ergibt sich ein individueller antizyklischer Kapitalpuffer von 0 % für unser Haus.

Unter Einbeziehung der oben dargestellten Erwartungen wird sich auch im Jahre 2017 voraussichtlich ein Überschuss ergeben, der eine angemessene weitere Aufstockung der vorgenannten Eigenmittel als Basis für die künftige Geschäftstätigkeit ermöglicht. Diese ist erforderlich, weil sich seit dem 01.01.2017 die Kapitalanforderungen zuzüglich Kapitalzuschlägen für Risiken, die nicht über Art. 1 EU-VO 575/2013 (CRR) abgedeckt sind, planmäßig weiter erhöhen und in den Folgejahren unter der Annahme, dass das Zinsniveau konstant niedrig bleibt, mit einem weiter sinkenden Überschuss zu rechnen ist. Dennoch wird die Sparkasse am Niederrhein den Herausforderungen, die durch die anhaltende Niedrigzinsphase auf sie zukommen werden, gewachsen sein.

Moers, 28. März 2017

Sparkasse am Niederrhein

Der Vorstand

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2016

der	SPARKASSE AM NIEDERRHEIN - Sparkasse des Kreises Wesel und der Städte Moers, Neukirchen-Vluyn und Rheinberg
Sitz eingetragen beim Amtsgericht Register Nr.	Ostring 4-7, 47441 Moers Kleve A 2160
Land	Nordrhein-Westfalen
Regierungsbezirk	Düsseldorf

Aktivseite
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2016

	Euro	Euro	Euro	31.12.2015 Tsd. EUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		<u>32.659.055,33</u>		<u>26.526</u>
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		<u>67.965.129,07</u>		<u>19.924</u>
			<u>100.624.184,40</u>	<u>46.450</u>
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) Wechsel		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			<u>-,-</u>	<u>-</u>
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		<u>71.368.969,57</u>		<u>178.464</u>
b) andere Forderungen		<u>120.132.509,36</u>		<u>130.253</u>
			<u>191.501.478,93</u>	<u>308.716</u>
4. Forderungen an Kunden			<u>2.327.820.432,07</u>	<u>2.303.535</u>
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	<u>1.188.773.217,15</u> Euro			<u>(1.159.938)</u>
Kommunalkredite	<u>218.283.976,63</u> Euro			<u>(246.317)</u>
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>-,-</u> Euro			<u>(-)</u>
ab) von anderen Emittenten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>-,-</u> Euro			<u>(-)</u>
			<u>-,-</u>	<u>-</u>
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		<u>70.285.483,56</u>		<u>100.447</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>70.285.483,56</u> Euro			<u>(100.447)</u>
bb) von anderen Emittenten		<u>264.991.608,91</u>		<u>162.295</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>264.991.608,91</u> Euro		<u>335.277.092,47</u>	<u>262.742</u>
				<u>(162.295)</u>
c) eigene Schuldverschreibungen			<u>196.124,58</u>	<u>433</u>
Nennbetrag	<u>378.800,00</u> Euro			<u>(822)</u>
			<u>335.473.217,05</u>	<u>263.175</u>
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			<u>104.623.502,38</u>	<u>106.487</u>
6a. Handelsbestand			<u>-,-</u>	<u>-</u>
7. Beteiligungen			<u>47.058.260,98</u>	<u>45.319</u>
darunter:				
an Kreditinstituten	<u>-,-</u> Euro			<u>(-)</u>
an Finanzdienstleistungsinstituten	<u>-,-</u> Euro			<u>(-)</u>
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			<u>-,-</u>	<u>-</u>
darunter:				
an Kreditinstituten	<u>-,-</u> Euro			<u>(-)</u>
an Finanzdienstleistungsinstituten	<u>-,-</u> Euro			<u>(-)</u>
9. Treuhandvermögen			<u>3.362.789,37</u>	<u>3.851</u>
darunter:				
Treuhandkredite	<u>3.362.789,37</u> Euro			<u>(3.851)</u>
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			<u>-,-</u>	<u>-</u>
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
c) Geschäfts- oder Firmenwert		<u>-,-</u>		<u>-</u>
d) geleistete Anzahlungen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			<u>-,-</u>	<u>-</u>
12. Sachanlagen			<u>23.684.956,17</u>	<u>25.196</u>
13. Sonstige Vermögensgegenstände			<u>6.970.129,01</u>	<u>4.013</u>
14. Rechnungsabgrenzungsposten			<u>758.273,83</u>	<u>1.108</u>
15. Aktive latente Steuern			<u>-,-</u>	<u>-</u>
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			<u>-,-</u>	<u>-</u>
Summe der Aktiva			<u>3.141.877.224,19</u>	<u>3.107.852</u>

				Passivseite	
				31.12.2015	
				Euro	Tsd. EUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig		508.647,30			107
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>348.659.155,20</u>		<u>368.081</u>	<u>368.188</u>
			349.167.802,50		368.188
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	662.230.346,41				643.993
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>4.507.279,38</u>			<u>4.428</u>	<u>4.428</u>
		666.737.625,79			648.421
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	1.497.742.949,17				1.385.409
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>317.600.332,79</u>			<u>403.716</u>	<u>403.716</u>
		1.815.343.281,96		1.789.125	1.789.125
			2.482.080.907,75		2.437.546
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen		691.641,51			3.109
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>			<u>-</u>
darunter:					
Geldmarktpapiere	-,- Euro				(-)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,- Euro				(-)
			691.641,51		3.109
3a. Handelsbestand			-,-		-
4. Treuhandverbindlichkeiten			3.362.789,37		3.851
darunter:					
Treuhandkredite	3.362.789,37 Euro				(3.851)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			2.794.556,53		3.311
6. Rechnungsabgrenzungsposten			774.880,26		1.030
6a. Passive latente Steuern			-,-		-
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		23.538.885,00			23.726
b) Steuerrückstellungen		<u>1.626.878,12</u>			<u>224</u>
c) andere Rückstellungen		<u>17.810.340,95</u>			<u>18.186</u>
			42.976.104,07		42.136
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-		-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			388.400,00		388
10. Genusssrechtskapital			-,-		-
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-,- Euro				(-)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			90.185.731,10		82.186
darunter:					
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	-,- Euro				(-)
12. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital		-,-			-
b) Kapitalrücklage		-,-			-
c) Gewinnrücklagen					
ca) Sicherheitsrücklage	166.107.024,84				162.775
cb) andere Rücklagen	<u>-,-</u>				<u>-</u>
		166.107.024,84			162.775
d) Bilanzgewinn		<u>3.347.386,26</u>			<u>3.332</u>
			169.454.411,10		166.107
Summe der Passiva			3.141.877.224,19		3.107.852
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen		-,-			-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		<u>26.995.417,63</u>			<u>25.503</u>
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>			<u>-</u>
			26.995.417,63		25.503
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-			-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-,-			-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>84.350.586,00</u>			<u>93.415</u>
			84.350.586,00		93.415

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016**

	Euro	Euro	Euro	1.1.-31.12.2015 Tsd. EUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	<u>80.361.772,91</u>			<u>86.141</u>
darunter:				
aus der Abzinsung von Rückstellungen	-,- Euro			(16)
abgesetzte negative Zinsen aus Geldanlagen	<u>40.607,78 Euro</u>			<u>(0)</u>
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>2.856.801,69</u>			<u>4.209</u>
		<u>83.218.574,60</u>		<u>90.350</u>
2. Zinsaufwendungen		<u>25.433.416,51</u>		<u>32.727</u>
darunter:				
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	<u>855.108,83 Euro</u>			(3.147)
abgesetzte positive Zinsen aus Geldaufnahmen	<u>17.154,86 Euro</u>			(-)
			<u>57.785.158,09</u>	<u>57.623</u>
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		<u>1.356.222,49</u>		<u>2.030</u>
b) Beteiligungen		<u>767.945,85</u>		<u>1.176</u>
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		-,-		-
			<u>2.124.168,34</u>	<u>3.206</u>
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			-,-	-
5. Provisionserträge		<u>19.172.180,18</u>		<u>18.411</u>
6. Provisionsaufwendungen		<u>1.405.988,25</u>		<u>1.334</u>
			<u>17.766.191,93</u>	<u>17.077</u>
7. Nettoertrag des Handelsbestands			-,-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge			<u>4.477.751,73</u>	<u>3.414</u>
darunter:				
aus der Fremdwährungs-umrechnung	<u>42.634,89 Euro</u>			(52)
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	-
			<u>82.153.270,09</u>	<u>81.320</u>
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	<u>30.743.156,12</u>			<u>30.614</u>
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>9.095.844,88</u>			<u>8.689</u>
darunter: für Altersversorgung	<u>3.554.205,59 Euro</u>	<u>39.839.001,00</u>		<u>39.303</u>
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>16.229.541,01</u>		<u>16.173</u>
			<u>56.068.542,01</u>	<u>55.476</u>
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			<u>2.282.102,67</u>	<u>2.252</u>
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			<u>2.618.097,56</u>	<u>1.660</u>
darunter:				
aus der Fremdwährungs-umrechnung	<u>104,45 Euro</u>			(0)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		<u>3.900.595,87</u>		<u>5.017</u>
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		-,-		-
			<u>3.900.595,87</u>	<u>5.017</u>
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		<u>692.611,58</u>		<u>1.393</u>
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		-,-		-
			<u>692.611,58</u>	<u>1.393</u>
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			-,-	-
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			<u>8.000.000,00</u>	<u>6.708</u>
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			<u>8.591.320,40</u>	<u>8.813</u>
20. Außerordentliche Erträge		-,-		-
21. Außerordentliche Aufwendungen		-,-		-
22. Außerordentliches Ergebnis			-,-	-
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>5.026.927,09</u>		<u>5.265</u>
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		<u>217.007,05</u>		<u>216</u>
			<u>5.243.934,14</u>	<u>5.481</u>
25. Jahresüberschuss			<u>3.347.386,26</u>	<u>3.332</u>
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			-,-	-
			<u>3.347.386,26</u>	<u>3.332</u>
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		-,-		-
b) aus anderen Rücklagen		-,-		-
			<u>3.347.386,26</u>	<u>3.332</u>
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		-,-		-
b) in andere Rücklagen		-,-		-
			<u>3.347.386,26</u>	<u>3.332</u>
29. Bilanzgewinn			<u>3.347.386,26</u>	<u>3.332</u>

1. Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

2.1 Allgemeine Angaben

Von den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Vorjahres sind wir in Bezug auf die Rückstellungen für Altersversorgungsverbindlichkeiten abgewichen. Im Einzelnen haben wir die Änderung bei den Angaben zu den Rückstellungen erläutert.

Für den Jahresabschluss 2016 waren erstmals die Änderungen durch das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) vom 23.07.2015 zu beachten. Aufgrund von § 284 Abs. 1 HGB ergeben sich gegenüber dem Vorjahr Abweichungen in der Reihenfolge der Angaben zu den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.

2.2 Bilanzierung und Bewertung der Aktivposten

Forderungen

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute (einschließlich Schuldscheindarlehen mit Halteabsicht bis zur Endfälligkeit) haben wir zum Nennwert bilanziert. Die Unterschiedsbeträge zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag wurden aufgrund ihres Zinscharakters in die Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen und werden planmäßig über die Laufzeit der Geschäfte verteilt.

Für akute Ausfallrisiken bei Forderungen an Kunden haben wir Einzelwertberichtigungen in Höhe des zu erwartenden Ausfalls gebildet. Ferner wurden nach den Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten fünf Jahre) bemessene Pauschalwertberichtigungen auf den latent gefährdeten Forderungsbestand berücksichtigt.

Von Kunden im Zusammenhang mit einer vorzeitigen Anpassung von Festzinsvereinbarungen an das aktuelle Marktzinsniveau erhaltene Ausgleichsbeträge wurden - wie Vorfälligkeitsentgelte - unmittelbar in voller Höhe erfolgswirksam vereinnahmt.

Wertpapiere

Die Zuordnung von Wertpapieren zur Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) oder zum Anlagevermögen haben wir im Geschäftsjahr nicht geändert.

Anschaffungskosten von Wertpapieren, die aus mehreren Erwerbsvorgängen resultieren, wurden auf Basis des Durchschnittspreises ermittelt.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind mit ihren Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert.

Für Anteile an Investmentvermögen haben wir als beizulegenden (Zeit-)Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis bzw. den vom Fondsmanagement angegebenen Nettovermögenswert, vermindert um notwendige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert, angesetzt.

Angesichts der anhaltenden Diskussion über die Staatsverschuldung im Euro-Währungsraum haben wir nähere Erläuterungen zum Risiko von Emittenten aus wirtschaftsschwachen Staaten in den Lagebericht aufgenommen. Die entsprechenden Wertpapiere sind der Liquiditätsreserve zugeordnet.

Sofern bei einzelnen Wertpapieren kein Börsen- oder Marktpreis (aktiver Markt) vorlag, wurde der beizulegende Wert durch allgemein anerkannte Bewertungsmethoden ermittelt. Dabei haben wir insbesondere die von unserem Dienstleister zur Verfügung gestellten indikativen Kurse plausibilisiert.

Beteiligungen

Die Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen wegen dauernder Wertminderung, bilanziert. Die sonstigen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden mit den Anschaffungskosten bilanziert. Ausstehende Verpflichtungen zur Leistung gesellschaftsvertraglich begründeter Einlageverpflichtungen wurden dann aktiviert, wenn sie am Bilanzstichtag bereits eingefordert wurden.

Die Beteiligungsbewertung erfolgt grundsätzlich auf Basis der Vorgaben des IDW RS HFA 10. Andere Bewertungsmethoden kommen dann zum Einsatz, wenn die Art bzw. der betragsliche Umfang der Beteiligung dies rechtfertigen.

Sachanlagen

Die Sachanlagen, die nach Inkrafttreten des BilMoG angeschafft worden sind, werden linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Vor Inkrafttreten des BilMoG angeschaffte Vermögensgegenstände schreiben wir – mit Ausnahme des von der Sparkasse Rheinberg übernommenen Sachanlagevermögens, dessen Abschreibung weiterhin linear erfolgt - unter Nutzung der Übergangsmöglichkeiten des BilMoG (Artikel 67 Abs. 4 EGHGB) weiterhin mit den steuerlich zulässigen Höchstsätzen ab.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 150 EUR werden sofort als Sachaufwand erfasst. Für Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten von mehr als 150 € bis 1.000 € wird ein Sammelposten gebildet, der aufgrund der insgesamt unwesentlichen Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Rahmen einer Gesamtbetrachtung über fünf Jahre ergebniswirksam verteilt wird.

Aktive latente Steuern

Einen Überhang aktiver latenter Steuern, der sich nach Saldierung mit passiven latenten Steuern ergab, haben wir in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht bilanziert.

2.3 Bilanzierung und Bewertung der Passivposten

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Agien und Disagien werden in Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig verteilt.

Rückstellungen

Rückstellungen werden in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Hierzu haben wir eine Einschätzung vorgenommen, ob dem Grunde nach rückstellungspflichtige Tatbestände vorliegen und ob nach aktuellen Erkenntnissen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Inanspruchnahme zu erwarten ist. In Einzelfällen haben wir dabei auch auf die Einschätzung externer Sachverständiger zurückgegriffen. Bei der Beurteilung von Rechtsrisiken haben wir die aktuelle Rechtsprechung berücksichtigt.

Bei einer voraussichtlichen Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erfolgte eine Abzinsung. Für bestimmte Gruppen von Rückstellungen haben wir auch bei einer voraussichtlichen Restlaufzeit bis zu einem Jahr eine Abzinsung vorgenommen. Die Abzinsung erfolgt mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre. Bei der Bestimmung des Diskontierungszinssatzes sind wir grundsätzlich davon ausgegangen, dass Änderungen des Zinssatzes jeweils zum Jahresende eingetreten sind. Entsprechend sind wir für die Bestimmung des Zeitpunktes der Änderungen des Verpflichtungsumfanges bzw. des zweckentsprechenden Verbrauchs vorgegangen.

Beim erstmaligen Ansatz von Rückstellungen wird der diskontierte Erfüllungsbetrag in einer Summe erfasst (Nettomethode).

Die Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen haben wir nach dem finanzmathematischen Teilwertverfahren auf Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005 G berechnet. Bei der Ermittlung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,5 % und Rentensteigerungen von 1,5 % unterstellt.

Der Abzinsung der Pensionsrückstellungen wurde ein auf das Jahresende 2016 prognostizierter Durchschnittszinssatz von 4,00 % zugrunde gelegt. Aufgrund des langfristig niedrigen Zinsniveaus vermindert sich der gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung für die Bewertung der Pensionsrückstellungen heranzuziehende Abzinsungssatz weiter stetig. Aus diesem Grund erfolgte mit dem Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung von handelsrechtlichen Vorschriften eine Verlängerung des Bezugszeitraums für die Ermittlung des durchschnittlichen Abzinsungssatzes von sieben auf zehn Jahre. Aus der geänderten Abzinsungsvorschrift ergibt sich insgesamt eine Verminderung der Pensionsrückstellungen um 2.045 TEUR (Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB). Die Erfassung dieser Verminderung erfolgte netto und bewirkt einen verringerten Zinsaufwand.

Die Rückstellung für Altersversorgungsverpflichtungen wurden in Anwendung von § 253 Abs. 2 S. 2 HGB pauschal mit dem durchschnittlichen Marktzins abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken wurde ein Sonderposten gemäß § 340g HGB gebildet.

2.4 Bewertung des zinsbezogenen Bankbuchs (Zinsbuch)

Zinsbezogene Finanzinstrumente (einschließlich Derivate) unseres Bankbuchs (Zinsbuchs) haben wir auf der Grundlage der vom IDW veröffentlichten Stellungnahme zur Rechnungslegung RS BFA 3 „Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuch)“ nach der Barwertmethode bewertet. Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich war.

Dieses Bankbuch umfasst alle Kunden-, Eigenanlage- und zur Zinsbuchsteuerung abgeschlossene Zinsswapgeschäfte mit vergleichbarer maximaler Laufzeit oder Zinsbindungsdauer. Zinsswapgeschäfte, deren Laufzeit / Zinsbindungsdauer im Einzelfall darüber hinausgeht, haben wir in Vorjahren für die Bewertung aufgeteilt. Den nicht in das Bankbuch einbezogenen Teil der Zinsswapgeschäfte hatten wir imparitatisch einzeln bewertet und soweit notwendig Rückstellungen gebildet. Zum 31.12.2016 erfüllen alle Zinsswapgeschäfte hinsichtlich ihrer gesamten (Rest-)Laufzeit die Voraussetzungen für eine Einbeziehung in das Bankbuch. Wir haben daher von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die bislang einzeln bewerteten Geschäfte mit ihren Buchwerten zum 31.12.2015 in das Bankbuch umzuwidmen. Bei den Buchwerten handelt es sich um Rückstellungen, die bis zum 31.12.2015 im Rahmen der imparitatischen Einzelbewertung gebildet wurden. Die Buchwerte führen wir fort, vermindert um eine gleichmäßige, erfolgswirksame Auflösung ab dem Jahr 2016 über einen Zeitraum von zehn Jahren.

2.5 Bilanzierung und Bewertung von Derivaten

Die Sparkasse setzt Derivate im Wesentlichen im Rahmen der Zinsbuchsteuerung ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen.

Derivate, die weder in die verlustfreie Bewertung des Bankbuches noch in Bewertungseinheiten nach § 254 HGB einbezogen wurden, halten wir nicht.

Die in strukturierten Produkten eingebetteten Derivate haben wir zusammen mit dem Basisinstrument als einheitlichen Vermögensgegenstand bilanziert. Strukturierte Produkte sind dadurch gekennzeichnet, dass ein verzinsliches oder unverzinsliches Basisinstrument (i. d. R. Forderungen oder Wertpapiere) mit einem oder mehreren Derivaten vertraglich zu einer Einheit verbunden ist. Die Bilanzierung und Bewertung erfolgte in Übereinstimmung mit der Stellungnahme RS HFA 22 des IDW.

2.6 Ausweis in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie im Anhang

Von dem Wahlrecht zur Bildung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB wurde kein Gebrauch gemacht.

Der Ausweis der Ergebnisse der Währungsumrechnung erfolgt unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. In den Ausweis haben wir auch realisierte Gewinne und Verluste einbezogen.

Zinsabgrenzungen aus negativen Zinsen wurden demjenigen Bilanzposten zugeordnet, dem sie zugehören.

Die zu Posten oder Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeiten gegliederten Beträge beinhalten keine anteiligen Zinsen.

2.7 Angabe der Grundlage für die Umrechnung von Fremdwährungsposten in EUR

Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten wurden zum Kassamittelkurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet.

In den Beständen sind in derselben Währung besonders gedeckte Geschäfte vorhanden. Von einer besonderen Deckung gehen wir aus, wenn das Wechselkursänderungsrisiko durch sich betragsmäßig entsprechende Geschäfte oder Gruppen von Geschäften einer Währung ausgeschlossen wird. Bei den besonders gedeckten Geschäften handelt es sich um lfd. Konten von Kunden, die durch gegenläufige Geschäfte mit Kreditinstituten gedeckt sind.

Die Aufwendungen und Erträge von besonders gedeckten Geschäften wurden je Währung saldiert und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

3. Sonstige Erläuterungen zur Bilanz

3.1 Aktiva

Aktiva 3 - Forderungen an Kreditinstitute

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
Forderungen an die eigene Girozentrale	40.400.544,30	217.089.097,66

Der Unterposten b) - andere Forderungen - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	31.12.2016 EUR
bis drei Monate	0,00
mehr als drei Monate bis ein Jahr	20.000.000,00
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	50.000.000,00
mehr als fünf Jahre	50.000.000,00

Aktiva 4 - Forderungen an Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	6.280.000,00	4.850.000,00

Der Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	31.12.2016 EUR
bis drei Monate	36.795.579,45
mehr als drei Monate bis ein Jahr	106.846.871,92
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	533.712.333,87
mehr als fünf Jahre	1.535.151.724,68
Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	114.306.013,67

Aktiva 5 - Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2016 EUR
Beträge, die bis zum 31.12.2017 fällig werden	70.261.508,45
	31.12.2016 EUR
börsennotiert	310.278.238,30
nicht börsennotiert	25.194.978,75

Aktiva 6 - Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Die Sparkasse hält mehr als 10 % der Anteile an Sondervermögen im Sinn des § 1 Absatz 10 des Kapitalanlagegesetzbuches (KAGB), die nachfolgend nach Anlagezielen gegliedert dargestellt sind:

	Buchwert Mio. EUR:	Marktwert Mio. EUR:	Differenz Buchwert Marktwert	Ausschüt- tung Mio. EUR 2016:	Tägl. Rückgabe möglich*	Unter- lassene Abschrei- bungen Mio. EUR:
Rentenfonds						
Rentenfonds I	30,0	31,8	1,8	0,2	ja	0,0
Rentenfonds II	30,0	32,1	2,1	0,6	ja	0,0
Rentenfonds III	26,7	26,7	0,0	0,6	ja	0,0

* Die Anteilscheine der Rentenfonds sind nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragbar. Die Sparkasse kann jeweils Sachauskehrung der Vermögenswerte verlangen.

Die Rentenfonds sind international ausgerichtet. Rentenfonds I und II investieren schwerpunktmäßig in Unternehmensanleihen mit einem Mindestrating von „BBB“. Der Rentenfonds III investiert schwerpunktmäßig in europäische Staatsanleihen der Eurozone, deutsche und europäische Pfandbriefe und Inhaberschuldverschreibungen deutscher Investitionsbanken.

Aktiva 7 - Beteiligungen

Angaben zu Unternehmen im Sinne von § 271 Abs. 1 HGB soweit diese nicht von untergeordneter Bedeutung sind:

Name	Sitz	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital in Tsd. EUR	Jahresergebnis 2015 in Tsd. EUR
Rheinischer Sparkassen und Giroverband	Düsseldorf	2,029500	879.021	k. A.
Erwerbsges. der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG	Neuhardenberg	0,334429	3.264.309	46.371

Aktiva 9 - Treuhandvermögen

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellt in voller Höhe Forderungen an Kunden dar.

Aktiva 12 - Sachanlagen

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2016 EUR
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	14.954.862,18
Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.063.830,41

Aktiva 14 - Rechnungsabgrenzungsposten

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten	307.837,45	489.957,72

Aktiva 15 - Aktive latente Steuern

Aus den in § 274 HGB genannten Sachverhalten resultieren latente Steuerbe- und Steuerentlastungseffekte. Wir haben diese Effekte auf der Basis eines Körperschaftsteuersatzes (inklusive Solidaritätszuschlag) von 15,83 % und eines Gewerbesteuersatzes

von 16,45 % unter Zugrundelegung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 18 ermittelt. Aktive und passive latente Steuern haben wir verrechnet.

Einen verbleibenden Überhang aktiver latenter Steuern haben wir nicht angesetzt. Die verrechneten passiven und aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen folgender Gruppen von Vermögensgegenständen und Schulden: Forderungen an Kunden, Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen und Rückstellungen. Mit Blick auf die zu versteuernden temporären Differenzen halten wir die voraussichtliche Realisierung der aktiven latenten Steuern für gegeben.

Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände in Fremdwährung

Unter den Aktiva lauten auf Fremdwährung Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von 1.407.504,93 EUR.

Entwicklung des Anlagevermögens

	Entwicklung der Anschaffungs-/Herstellungskosten in TEUR						Anschaffungskosten am 31.12. des Geschäftsjahres	
	Anschaffungskosten am 01.01. des Geschäftsjahres	Veränderungen des Geschäftsjahres			Zuschreibungen	Anschaffungskosten am 31.12. des Geschäftsjahres	Abschreibungen am 31.12. des Geschäftsjahres	Stand am 31.12. des Vorjahres
		Zugänge	Abgänge	Umbuchungen				
Sachanlagen	99.560,3	970,8	-4.178,1	0,0	0,0	96.353,0		
Immaterielle Anlagewerte	466,8	0,0	-182,9	0,0	0,0	283,9		
	Entwicklung der kumulierten Abschreibungen in TEUR						Bilanzwert in TEUR	
	Abschreibungen am 01.01. des Geschäftsjahres	Veränderungen des Geschäftsjahres			Zuschreibungen	Abschreibungen am 31.12. des Geschäftsjahres	Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	Stand am 31.12. des Vorjahres
		Zugänge	Abgänge	Umbuchungen				
Sachanlagen	74.364,1	2.282,1	-3.978,2	0,0	0,0	72.668,0	23.685,0	25.196,2
Immaterielle Anlagewerte	466,8	0,0	-182,9	0,0	0,0	283,9	0,0	0,0

	Bilanzwert am 01.01. des Geschäftsjahres in TEUR	Veränderungen des Geschäftsjahres zusammengefasst in TEUR (gem. § 34 Abs. 3 RechKredV)			Bilanzwert am 31.12. des Geschäftsjahres in TEUR
		Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	
Forderungen an Kreditinstitute	50.208,9		-130,9		50.078,0
Schuldverschreibungen und andere festverzinslichen Wertpapiere	256.483,8		75.025,3		331.509,1
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	19.812,5		-1.851,9		17.960,6
Beteiligungen	45.319,5		1.738,8		47.058,3
Sonstige Vermögensgegenstände	6,6		0,0		6,6

3.2 Passiva

Passiva 1 - Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	1.836.352,45	1.754.659,85

Der Unterposten b) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	31.12.2016 EUR
bis drei Monate	4.115.896,92
mehr als drei Monate bis ein Jahr	33.493.136,44
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	89.695.395,17
mehr als fünf Jahre	218.636.580,73

Passiva 2 - Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Der Unterposten a) ab) - Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	31.12.2016 EUR
bis drei Monate	720.471,61
mehr als drei Monate bis ein Jahr	568.860,35
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.265.724,65
mehr als fünf Jahre	952.222,77

Der Unterposten b) bb) - andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	31.12.2016 EUR
bis drei Monate	61.981.889,89
mehr als drei Monate bis ein Jahr	74.561.017,19
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	163.267.032,64
mehr als fünf Jahre	17.062.259,51

Passiva 3 - Verbriefte Verbindlichkeiten

Im Unterposten a) sind bis zum 31.12.2017 fällige Beträge enthalten: 680.800,00 EUR

Passiva 4 - Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Passiva 6 - Rechnungsabgrenzungsposten

In diesem Posten ist der Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von 764.946,67 EUR (i. Vj. 1.009.870,85 EUR) enthalten.

Passiva 7 - Rückstellungen

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen für Altersversorgungs- verpflichtungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und deren Ansatz nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren beträgt zum 31.12.2016 2.044.622,00 EUR. Dieser Betrag unterliegt der Ausschüttungssperre nach § 253 Abs. 6 S. 2 HGB.

Passiva 9 - Nachrangige Verbindlichkeiten

Folgende nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen 10 % des Gesamtbetrages:

Betrag	Zinssatz	Fälligkeit	vorzeitige Rückzahlungs- verpflichtung
363.400,00 EUR	4,50 %	08.01.2019	- ausgeschlossen -

Die Bedingungen für diese von der Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen dem Grunde nach den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen an Ergänzungskapital. Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder eine andere Schuldforn ist nicht vereinbart oder vorgesehen.

Die übrigen nachrangigen Verbindlichkeiten haben eine Verzinsung von 4,45 % und ursprüngliche Laufzeiten von 10 Jahren. Innerhalb des nächsten Geschäftsjahres werden keine nachrangigen Verbindlichkeiten zur Rückzahlung fällig.

Für die in dieser Position ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr Aufwendungen in Höhe von 17.465,50 EUR angefallen.

4. Erläuterungen zu den Posten unter dem Bilanzstrich

Eventualverbindlichkeiten

In diesem Posten werden übernommene Bürgschaften und Gewährleistungsverträge erfasst. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen im Rahmen unserer Kreditrisikomanagementprozesse gehen wir für die hier ausgewiesenen Beträge davon aus, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung der Sparkasse führen werden. Sofern dies im Einzelfall nicht mit überwiegender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann, haben wir ausreichende Rückstellungen gebildet. Sie sind vom Gesamtbetrag der Eventualverbindlichkeiten abgesetzt worden.

Andere Verpflichtungen

Die unter diesem Posten ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen werden im Rahmen unserer Kreditvergabeprozesse herausgelegt. Auf dieser Grundlage sind wir der Auffassung, dass unsere Kunden voraussichtlich in der Lage sein werden, ihre vertraglichen Verpflichtungen nach der Auszahlung zu erfüllen. Sofern im Einzelfall nicht davon ausgegangen werden kann, wird eine ausreichende Risikovorsorge gebildet.

5. Gesamtbetrag der Schulden in Fremdwährung

Unter den Passiva und den Eventualverbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung Verbindlichkeiten im Gesamtbetrag von 1.646.512,10 EUR.

6. Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen sind

Für die folgenden in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

Zweckgebundene Weiterleitungsmittel in Höhe von 275.273.010,14 EUR

7. Sonstige Angaben

7.1 Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten

Die Sparkasse hat im Rahmen der Sicherung bzw. Steuerung von Zinsänderungsrisiken Termingeschäfte als Deckungsgeschäfte abgeschlossen. Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte ergeben sich aus der nachstehenden Tabelle der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzinstrumente.

	Nominalbeträge in Tsd. Euro				Beizulegende Zeitwerte ¹ in Tsd. Euro
	nach Restlaufzeiten			Insge- samt	Marktpreis
	Bis 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre		
Zinsbezogene Geschäfte: Termingeschäfte					
Zinsswaps (Deckungs- geschäfte)	0 0	0 30.000	0 150.000	0 180.000	+ 0 - 45.915
Summe		30.000	150.000	180.000	

¹ Aus Sicht der Sparkasse negative Zeitwerte werden mit Minus angegeben.

Die im Rahmen der Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsswap-geschäfte wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogen und somit nicht einzeln bewertet. Für Zinsswaps wurden die Zeitwerte als Barwert zukünftiger Zinszahlungsströme auf der Basis der Marktzinsmethode ermittelt.

Dabei fanden die Swap-Zinskurven per 31.12.2016 Verwendung.

Die ausgewiesenen Zeitwerte enthalten keine Abgrenzungen und Kosten (clean price).

7.2 Nicht in der Bilanz enthaltene finanzielle Verpflichtungen:

Indirekte Haftung für die Erste Abwicklungsanstalt (EAA)

Die ehemaligen Anteilseigner der Portigon AG, vormals Westdeutschen Landesbank AG (u. a. der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf - RSGV- mit rd. 25,03 %) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Übertragung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der WestLB AG auf eine Abwicklungsanstalt vereinbart.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt ("Erste Abwicklungsanstalt") gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen.

Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seinem Anteil (25,03 %) verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. EUR und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von EUR 2,25 Mrd. zu übernehmen.

Im Zuge der Übertragung weiterer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten auf die Erste Abwicklungsanstalt im Jahr 2012 wurde die Haftung dergestalt modifiziert, dass der RSGV sich verpflichtet, bei Bedarf maximal 37,5 Mio. EUR als Eigenkapital zum Ausgleich bilanzieller Verluste zur Verfügung zu stellen. Die Ausgleichsverpflichtung für tatsächlich liquiditätswirksame Verluste verringert sich entsprechend um diesen Betrag, so dass der Höchstbetrag von 2,25 Mrd. EUR unverändert bleibt. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Gesamtverpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2016 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihrem Anteil am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Die Sparkasse ist verpflichtet für dieses Risiko über einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres eine jahres-anteilige bilanzielle Vorsorge zu bilden. Die Höhe der Vorsorge orientiert sich an unserer Beteiligungsquote am RSGV zum Zeitpunkt der Übernahme der indirekten Verpflichtung im Jahr 2009 (2,1 %). Zum 31.12.2016 beträgt der Anteil 2,0 %.

Die im Zuge der Übernahme der Ausgleichsverpflichtungen vereinbarte Überprüfung des Vorsorgebedarfs im Jahr 2016 hat ergeben, dass die Voraussetzungen für eine Aussetzung zum 31.12.2015 erfüllt waren. Neben dem Erreichen des vereinbarten kumulierten Mindestvorsorgevolumens lässt der Abwicklungsplan der Erste Abwicklungsanstalt derzeit erwarten, dass ein Verlustausgleich nicht zu leisten sein wird. Die Aussetzung erfolgte unbefristet, wird jedoch regelmäßig überprüft.

Die bis zum 31.12.2014 gebildete bilanzielle Vorsorge von 9,5 Mio. EUR in Form der Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB bleibt von der Aussetzung unberührt. Die im Zusammenhang mit der Aufstellung des Jahresabschlusses 2015 vorgenommene Dotierung in Höhe von 1,6 Mio. EUR führen wir als Vorsorge für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB fort.

Leistungszusage der Zusatzversorgungskasse

Die Sparkasse am Niederrhein ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1a Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrages vom 1.3.2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 Abs. 1 S. 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Im Geschäftsjahr 2016 betrug der Umlagesatz 4,25 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (Bemessungsgrundlage). Er bleibt im Jahr 2017 unverändert.

Zum 31.12.2000 wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Infolge dessen erhebt die RZVK zusätzlich zur Umlage ein so genanntes - pauschales - Sanierungsgeld in Höhe 3,5 % der Bemessungsgrundlage zur Deckung eines zusätzlichen Finanzbedarfs hinsichtlich der Finanzierung der Versorgungsansprüche, die im ehemaligen Gesamtversorgungssystem entstanden sind. Die Umlage für das Sanierungsgeld in Höhe von 3,50 % bleibt im Jahre 2017 unverändert.

Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgeldes werden auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte, die jeweils mindestens einen Zeitraum von 10 Jahren (plus 1 Überhangjahr) umfassen, regelmäßig (alle 5 Jahre) überprüft. Die RZVK geht davon aus, dass mit dem im Jahr 2010 auf den jetzigen Wert von 7,75 % angehobenen Gesamtaufwand ein nachhaltiger und verstetigter Umlage- und Sanierungsgeldsatz erreicht worden ist.

Zusatzbeiträge zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden zzt. nicht erhoben.

Auf Basis der Angaben im Geschäftsbericht 2015 der RZVK wurden die Rentenleistungen in diesem Jahr zu etwa 26 % durch die erzielten Vermögenserträge finanziert. Die Betriebsrenten werden jeweils zum 1. Juli eines Jahres um 1 % ihres Betrages erhöht.

Die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung betragen bei umlage- und sanierungsgeldpflichtigen Entgelten von 29,5 Mio. EUR im Jahr 2016 2,4 Mio. EUR.

Nach der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) in seinem Rechnungslegungsstandard HFA 30 vertretenen Rechtsauffassung begründet die Mitgliedschaft in der RZVK im Hinblick auf Fragen des Jahresabschlusses eine mittelbare Pensionsverpflichtung. Die RZVK hat im Auftrag der Sparkassen auf Basis der Rechtsauffassung des IDW den Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen nach Maßgabe des IDW RS HFA 30 zum 31.12.2016 ermittelt. Unabhängig davon, dass es sich bei dem Kassenvermögen um Kollektivvermögen aller Mitglieder des umlagefinanzierten Abrechnungsverbandes I handelt, ist es gemäß IDW RS HFA 30 für Zwecke der Angaben im Anhang nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB anteilig in Abzug zu bringen. Auf dieser Basis beläuft sich der gemäß Art. 28 Abs. 2 EGHGB anzugebende Betrag auf 45,7 Mio. EUR. Der dabei berücksichtigte Vermögensdeckungsgrad beträgt 27,2 %.

Der Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen wurde in Anlehnung an die versicherungsmathematischen Grundsätze und Methoden, die auch für unmittelbare Pensionsverpflichtungen angewendet wurden, unter Berücksichtigung einer jährlichen Rentensteigerung von 1 % ermittelt. Als Diskontierungszinssatz wurde der gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB i. V. m. der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte Wert zum 31.12.2016 verwendet. Aufgrund der Änderung von § 253 Abs. 2 S. 1 HGB durch das „Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften“ wurde erstmals der durchschnittliche Marktzins der vergangenen zehn Jahre (im Vorjahr sieben Jahre) zur Abzinsung herangezogen.

7.3 Abschlussprüferhonorar

Im Geschäftsjahr wurden für den Abschlussprüfer folgende Honorare erfasst:

a) für die Abschlussprüfungsleistungen:	358 Tsd. EUR
b) für andere Bestätigungsleistungen:	28 Tsd. EUR
c) für sonstige Leistungen:	0 Tsd. EUR
Gesamthonorar:	<u>386 Tsd. EUR</u>

7.4 Mitarbeiter/-innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte	399
Teilzeit- und Ultimokräfte	214
	<hr/>
Auszubildende	43
	<hr/>
Insgesamt:	<u>656</u>

7.5 Angaben zu Organmitgliedern

Vorstand

Giovanni Malaponti (Vorsitzender)
Frank-Rainer Laake (Mitglied)
Bernd Zibell (Mitglied)

Verwaltungsrat

Vorsitzendes Mitglied

Claudia van Dyck, Hausfrau

1. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds
2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Mark Rosendahl, Gewerkschaftssekretär
Markus Nacke, Kaufmännischer Angestellter

Mitglieder gemäß § 10 Abs. 2 b) SpkG NW:

Stellvertreter gemäß § 12 Abs. 4 SpkG NW:

Rafael Hofmann, Rechtsanwalt (selbständig)

Frank Berger,
Sozialversicherungsfachangestellter
Anna-Maria Barucija, Kaufmännische
Angestellte

Peter Kiehlmann, Verwaltungsangestellter

Ulrike Trick, Hausfrau
Claudia von Parzotka-Lipinski, Kaufmännische
Angestellte

Hubert Kück, Lehrer

Jürgen Madry, Handelsvertreter (selbständig)

Markus Nacke, Kaufmännischer Angestellter

Dr. Heiko Haaz, Unternehmensberater
(angestellt)

Mark Rosendahl, Gewerkschaftssekretär
Sarah Stantscheff, Studentin (Rechtswissenschaft)

Carmen Weist, Verwaltungsangestellte
Werner Plückelmann, Leitender technischer
Angestellter

Gudrun Tersteegen, Werbetexterin (selbständig)

Ralph Messerschmidt, Bauingenieur
(angestellt)

Günter Zeller, Pensionär

Jochen Gottke, Leitender Städtischer
Verwaltungsdirektor
(bis 31.05.2016)
Simon Aarse, Pensionär
(ab 06.07.2016)

Mitglieder gemäß § 10 Abs. 2 c) SpkG NW:

Stellvertreter gemäß § 12 Abs. 4 SpkG NW:

Walburga Baltes, Sparkassenangestellte
Roland Ertelt, Sparkassenangestellter
Stefan Ertelt, Sparkassenangestellter
Holger Klucken, Sparkassenangestellter
Karl-Heinz Teborg, Sparkassenangestellter

Ralf-Jürgen Rein, Sparkassenangestellter
Sascha Krähmer, Sparkassenangestellter
Birte Frie, Sparkassenangestellte
Thorsten Holzgräfe, Sparkassenangestellter
Michael Wedde, Sparkassenangestellter

Als Hauptverwaltungsbeamter gemäß § 11 Abs. 3 SpkG NW nimmt an den Sitzungen des Verwaltungsrates teil:

Harald Lenßen, Bürgermeister

Stellvertreter:
Dr. Ansgar Müller, Landrat

Als Hauptverwaltungsbeamte gemäß § 4 Abs. 3 der Satzung Sparkasse am Niederrhein nehmen an den Sitzungen des Verwaltungsrates teil:

Christoph Fleischhauer, Bürgermeister
Frank Tatzel, Bürgermeister
Dr. Ansgar Müller, Landrat

Den Mitgliedern des Vorstandes wurden im Geschäftsjahr Kredite in Höhe von 263.680,08 EUR gewährt und widerrufliche Kreditzusagen in Höhe von 37.300,00 EUR ausgereicht.

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates wurden im Geschäftsjahr Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) in Höhe von insgesamt 2.498.893,60 EUR gewährt und widerrufliche Kreditzusagen in Höhe von 141.468,45 EUR ausgereicht.

Für die früheren Mitglieder des Vorstandes und deren Hinterbliebene wurden Versorgungsbezüge von 1.379.367,25 EUR gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 17.000.940,00 EUR.

Berichterstattung über die Bezüge und andere Leistungen der Mitglieder des Vorstands sowie die Bezüge der Aufsichtsgremien

Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Für die Festlegung der Struktur und der Höhe der Bezüge der Mitglieder des Vorstands ist der Verwaltungsrat zuständig. Er orientiert sich dabei an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstands bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge.

Für den Vorstandsvorsitzenden wurde die Erhöhung von 10 % im Sinne der oben genannten Anstellungsbedingungen letztmalig in 2016 für 2015 erfolgsabhängig als variables Leistungsentgelt gezahlt. Dieses variable Leistungsentgelt ist unternehmenserfolgsbezogen und wurde in Anlehnung an die für die Mitarbeiter definierten Unternehmensziele festgelegt. Die Auszahlung erfolgte mit 100 % in einer Summe in dem Monat nach der Feststellung des Jahresabschlusses. Ab 2016 erhält der Vorstandsvorsitzende die Erhöhung von 10 % im Sinne der oben genannten Anstellungsbedingungen als monatliche Zulage erfolgsunabhängig.

Neben den festen Bezügen (Grundgehalt und Allgemeine Zulage von 15 %) kann den Mitgliedern des Vorstands als variable Vergütung eine Leistungszulage von bis zu 15 % des Grundgehalts gewährt werden. Als Anspruchsvoraussetzung für die Zahlung dieser Leistungszulage sind keine konkreten quantitativen Ziele festgelegt. Die Zahlung diesbezüglicher Leistungszulagen erfolgte durch Beschlussfassung des Verwaltungsrates in 2016 für 2015 nicht.

Die Mitglieder des Vorstands erhielten bis auf den Vorstandsvorsitzenden ausschließlich feste Bezüge.

Weitere erfolgsbezogene Vergütungsbestandteile sowie Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung werden nicht gewährt.

Bei linearen Entgeltänderungen der Sparkassen-Beschäftigten (TVöD-S) ändern sich entsprechend auch die Bezüge des Vorstands.

Vorstand	2016			
	Grundbetrag und Allgemeine Zulage (erfolgsunabhängig) Tsd. EUR	Zulage gem. den Verbands- empfehlungen (Ziff. 2.23.) Tsd. EUR	Sonstige Vergütung Tsd. EUR	Gesamt- vergütung Tsd. EUR
Malaponti, Giovanni Vorsitzender	338,4	57,4*	9,6	405,4
Laake, Frank-Rainer Mitglied	334,0	0,0	11,3	345,3
Zibell, Bernd Mitglied	334,0	0,0	12,7	346,7
Summe:	1.006,4	57,4	33,6	1.097,4
* Davon wurden 28,4 Tsd. EUR als erfolgsabhängig variables Leistungsentgelt für 2015 in 2016 gezahlt.				

Die Zulage gemäß den Verbandsempfehlungen wurde für den Vorsitzenden des Vorstandes Herrn Malaponti – entsprechend den Ausführungen dieser Richtlinie – auf eine fixe monatliche Auszahlung umgestellt. Aufgrund des Anspruches aus der variablen, jahresnachträglich zu zahlenden Zulage aus dem Jahre 2015, ergab sich im Jahre 2016 eine Doppelzahlung. Ohne diesen Einmaleffekt betrug die Gesamtvergütung 377 Tsd. EUR. Die sonstigen Vergütungen betreffen im Wesentlichen Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen. Sie werden gemäß den Regelungen des EStG nach der 1%-Bruttolistenpreisregelung ermittelt.

Im Falle einer Nichtverlängerung der Dienstverträge haben die Vorstandsmitglieder grundsätzlich Anspruch auf Zahlung eines Ruhegeldes, sofern die Nichtverlängerung nicht von ihnen zu vertreten ist. Sollte beim Vorstandsmitglied Herrn Zibell der Leistungsfall vor dem 01.10.2018 eintreten, besteht gemäß den Verbandsempfehlungen ein Abfindungsanspruch i. H. eines Jahresgrundbetrages.

Die individuellen Versorgungssätze ergeben sich aus folgender Zusammenstellung:

	Eintritt des Leistungsfalles	Höhe des Versorgungssatzes
Malaponti, Giovanni Vorsitzender	ab 01.06.2014 – 31.05.2019	45 v.H.
	01.06.2019 – 31.05.2024	50 v.H.
	vom 01.06.2024	55 v.H.
Laake, Frank-Rainer Mitglied	ab 01.01.2014 – 31.12.2018	50 v.H.
	vom 01.01.2019	55 v.H.
Zibell, Bernd Mitglied	ab 01.10.2018 – 30.09.2023	40 v.H.
	01.10.2023 – 30.09.2028	45 v.H.
	01.10.2028 – 30.09.2033	50 v.H.
	vom 01.10.2033	55 v.H.

Beruhet der Leistungsfall auf einem Arbeitsunfall, erhöht sich der Ruhegeldsatz um 10 v.H. bis zum Höchstsatz von 55 v.H.

Der ruhegeldfähige Bezug beträgt monatlich ein Zwölftel des bei Eintritt des Ruhegeldfalles vertraglich zustehenden Jahresgrundbetrages (beim Vorsitzenden des Vorstandes einschließlich ungekürzter Zulage) und der Allgemeinen Zulage.

Bei linearen Änderungen des Entgeltes der Sparkassen-Beschäftigten (TVöD-S) ändert sich der ruhegeldfähige Bezug entsprechend.

Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands

	Im Jahr 2016 der Pensionsrückstellung zugeführt (Gesamt) Tsd. EUR	Barwert der Pensionsansprüche 31.12.2016 Tsd. EUR
Malaponti, Giovanni Vorsitzender	66,5	1.910,6
Laake, Frank-Rainer Mitglied	106,3	1.623,3
Zibell, Bernd Mitglied	152,3	591,7
Summe	325,1	4.125,6

Die Altersversorgung beträgt maximal 55 % der zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand zustehenden Ruhegehaltsbezüge. Auf dieser Basis und unter der Annahme eines Eintritts in den Ruhestand mit Vollendung des 65. Lebensjahres wurde der Barwert der Pensionsansprüche nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet.

Bei linearen Änderungen des Entgeltes der Sparkassen-Beschäftigten (TVöD-S) ändern sich ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Pensionsansprüche entsprechend.

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates wurde für ihre Tätigkeit in dem Aufsichtsgremium der Sparkasse einschl. seiner Ausschüsse (Bilanzprüfungsausschuss, Risikoausschuss) ein Sitzungsgeld von 400,00 € (bzw. 476,00 € incl. 19 % Umsatzsteuer) je Sitzung gezahlt. Bis zum 31. August 2016 betrug das Sitzungsgeld 320,00 € (bzw. 380,80 € incl. 19 % Umsatzsteuer) je Sitzung. Die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2016 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder:

Name	TEUR	Name	TEUR
Baltes, Walburga	1,0	Nacke, Markus	3,8
Ertelt, Roland	3,2	Rein, Ralf-Jürgen	0,7
Ertelt, Stefan	2,7	Rosendahl, Mark	3,5
Fleischhauer, Christoph	1,8	Stantscheff, Sarah	3,8
Hofmann, Rafael	4,6	Tatzel, Frank	2,1
Kiehlmann, Peter	5,3	Teborg, Karl-Heinz	2,1
Klucken, Holger	3,1	Tersteegen, Gudrun	4,6
Kück, Hubert	3,8	van Dyck, Claudia	5,9
Lenßen, Harald	2,7	Wedde, Michael	0,3
Madry, Jürgen	4,6	Weist, Carmen	0,3
Müller, Dr. Ansgar	0,7	Zeller, Günter	4,2
		Insgesamt:	64,9*

* Evtl. Abweichungen in der Summe beruhen auf Rundungen.

7.6 Sonstiges

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach dem Schluss des Geschäftsjahres nicht ergeben.

Offenlegung der Angaben gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen durch Institute

Die offenzulegenden Angaben gemäß der Verordnung (EU) 575/2013 über Aufsichts-
anforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen werden auf der Internetseite der
Sparkasse (www.sparkasse-am-niederrhein.de) unter der Rubrik „Ihre Sparkasse“
veröffentlicht.

Moers, den 28.03.2017

Der Vorstand

**Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG
zum 31. Dezember 2016
(„Länderspezifische Berichterstattung“¹)**

Die Sparkasse am Niederrhein hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparkasse am Niederrhein besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparkasse am Niederrhein definiert den Umsatz als Saldo aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen, Nettoertrag/- aufwand des Handelsbestands (Erträge/Aufwendungen saldiert) und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2016 82.153 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt im Jahresdurchschnitt 523.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 8.591 TEUR.

Die Steuern auf den Gewinn betragen 5.027 TEUR. Die Steuern betreffen laufende Steuern.

Die Sparkasse am Niederrhein hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

¹ Für Sparkassen ohne Auslandsniederlassungen.

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkasse am Niederrhein für das Geschäftsjahr vom 01.01.2016 bis 31.12.2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung - und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 19. Juni 2017

Prüfungsstelle des
Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes

Theemann
Wirtschaftsprüfer

Peters
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrates

Im Jahre 2016 trat der Verwaltungsrat der Sparkasse am Niederrhein zu sechs Sitzungen zusammen. Er hat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen und fasste die erforderlichen Beschlüsse.

Über die Geschäftsentwicklung, die wirtschaftlichen Verhältnisse und über alle sonstigen wichtigen Angelegenheiten der Sparkasse wurde er vom Vorstand eingehend unterrichtet.

Die Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes führte im Berichtsjahr die Pflichtprüfungen durch. Zum Jahresabschluss 2016 erteilte die Prüfungsstelle den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk. Damit wurde bescheinigt, dass die Buchführung und der Jahresabschluss sowie der Lagebericht den gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

Der Verwaltungsrat überwachte die Geschäftsführung des Vorstandes entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen. Gemäß § 15 Abs. 2 Buchstabe d des SpkG NW hat er den Jahresabschluss festgestellt und den Lagebericht des Vorstandes gebilligt. Die Verwendung des Jahresüberschusses in Höhe von 3.347.386,26 € erfolgt nach § 25 SpkG NW. Der Verwaltungsrat schlägt der Vertretung des Trägers gemäß § 15 Abs. 2 Buchstabe e SpkG NW vor, den Jahresüberschuss entsprechend § 25 Abs. 1 Buchstabe c SpkG NW vollständig der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand für die gute Zusammenarbeit und für die Unterstützung bei seiner Aufgabenerfüllung. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern spricht er seine Anerkennung aus für den geleisteten Einsatz im Dienste der Kunden der Sparkasse am Niederrhein und der Menschen in der Region.

Moers, den 3. Juli 2017

Sparkasse am Niederrhein
Der Verwaltungsrat

van Dyck
Vorsitzende